



Bilanz der parlamentarischen Arbeit der Linksfraktion von 2004 - 2009

DIE LINKE.
Fraktion im Landtag Brandenburg

Inhalt

Editorial	3
Die Ausgangssituation:	4
1. Priorität für Bildung?	6
2. Brandenburg - ein kinder- und familienfreundliches Land?	10
3. „Billiglohnland“ Brandenburg	13
4. Kommunale Entwicklung bleibt widersprüchlich	17
5. Bürgerrechte gesichert?	20
6. Gutes Leben in allen Regionen?	22
7. Landesfinanzen - vom leichten Aufschwung direkt in die Krise	26
8. Europa- und Entwicklungspolitik ohne Konzept	28
Mitglieder der Fraktion DIE LINKE im Landtag Brandenburg	30

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE. Fraktion im Landtag Brandenburg, Am Havelblick 8, 14473 Potsdam
V.i.S.d.P.: Christian Görke, Parlamentarischer Geschäftsführer
Bilderquellen: Simone Diestel (Seite 1, 12, 32); Joachim Liebe (Seite 3); crocodile/PHOTOCASE (Seite 22);
Fraktion DIE LINKE im Landtag Brandenburg (Seite 6, 9, 10, 13, 15, 16, 18, 21, 24, 25, 28, 31)
Redaktion: Alexa Lamberz
Satz & Gestaltung: Detlef Janson
Auflage: 10.000 Stück
Redaktionsschluss: 15. Mai 2009

Editorial



Liebe Bürgerinnen und Bürger –

„Sozial – mit aller Kraft“: Das war unser Versprechen, als wir vor fünf Jahren bei den brandenburgischen Landtagswahlen um Ihr Vertrauen warben. Es war unser Motto, als wir dann unsere Fraktion bildeten – die stärkste Fraktion links der SPD, die es seit der Neubegründung unseres Landes vor rund zwanzig Jahren überhaupt jemals im Landtag gegeben hat. Diesem Versprechen blieben wir auch treu, als unsere Partei sich zu

wandeln begann: Die Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) verband sich mit der „Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit“ zur bundesweiten neuen Partei DIE LINKE. Das bedeutete auch: Neue Kraft für Brandenburg.

Das wollten wir erreichen: Den Abwärtstrend des Landes stoppen, in die Zukunft investieren, für soziale Gerechtigkeit streiten! Wir haben dies keinen Tag vergessen – und keinen Tag vergessen können.

Unser Land ist keine soziale Wüste, es hat ökonomisch tatsächlich Chancen und es gibt eine gesellschaftliche Mehrheit, die sich ein solidarisches, tolerantes, zukunftsoffenes Brandenburg wünscht. Doch für viele von denen, die sich in den letzten Jahren etwas aufbauen konnten, ist der erreichte Lebensstandard bedroht – nicht erst seit der aktuellen Krise. Viel zu vielen wiederum blieb über die Jahre die Möglichkeit verwehrt, sich in Brandenburg eine tragfähige Existenz aufzubauen.

Die Verhältnisse in Brandenburg sind in den letzten Jahren nicht gerechter geworden. Die sozialen Risiken nahmen zu: schlecht bezahlte, nicht Existenz sichernde Arbeit griff um sich. Bei Verdienst und Einkommensniveau der privaten Haushalte verfestigten sich gewaltige regionale Unterschiede. Große Teile des Landes leiden weiter unter Abwanderung, wirtschaftlicher Schwäche und mangelnder Zuwendung durch die Landespolitik. Die öffentliche Daseinsvorsorge ist gefährdet, die Finanzausstattung unzureichend.

Die Schattenseiten unseres Landes treffen besonders die Kinder und Jugendlichen. Ein unerträglich hoher Teil von ihnen wächst in extrem schlechten finanziellen Verhältnissen auf – ein erheblich größerer Teil als bei den Erwachsenen. Materielle Armut geht einher mit schlechteren Bildungschancen und größeren Gesundheitsrisiken.

Wir haben dafür gesorgt, dass niemand im Land vor diesen Entwicklungen die Augen verschließen konnte. Wir waren Sprachrohr der Betroffenen. Wir haben im Landtagsplenum und in den Ausschüssen die Lage analysiert und Alternativen aufgezeigt. Wir haben sie in Anträgen und Gesetzesentwürfen zur Abstimmung gestellt. Wo wir an den Mehrheitsverhältnissen im Parlament scheiterten, haben wir nicht einfach aufgegeben. So ist es gemeinsam mit Volksinitiativen doch gelungen, ein Sozialticket für Brandenburg einzuführen und die elternbeitragsfreie Schülerförderung zu ermöglichen.

Demgegenüber erzeugte und erzeugt die Regierungskoalition kaum noch Entwicklungsimpulse. Sie erwies sich als brüchig und nur eingeschränkt arbeitsfähig. Probleme wurden häufig zu spät erkannt, die demografische Entwicklung einfach nur nachvollzogen, finanzielle Spielräume verschenkt. Mit den Kommunen lag die Koalition im Dauerstreit, auch vor Gericht.

Das Leitbild, das die Landesregierung dem Land verordnete, schrieb den Kurs der regionalen und sozialen Spaltung im Lande fort, den Rückzug des Staates und die Zentralisierung von knapper werdenden Ressourcen. Unsere Fraktion stellte dem ein eigenes Leitbild gegenüber – und brachte es in einen breiten gesellschaftlichen Dialog ein. Uns geht es um ein solidarisches Brandenburg – regional vielfältig, zukunftsorientiert und europäisch, in dem die gerechte Teilhabe aller in allen Teilen des Landes gesichert ist. Unser Leitbild konzipiert als zentrale Elemente eine ausgewogene Regionalentwicklung, eine moderne Bildungspolitik, eine verantwortungsbewusste Erneuerung der öffentlichen Daseinsvorsorge, eine zukunftsorientierte Wirtschaftsförderung und Entwicklungsperspektiven auch über die Landesgrenzen hinaus. Und eine integrative Sozial- und Arbeitsmarktpolitik.

Kerstin Kaiser
Fraktionsvorsitzende

Die Ausgangssituation:

Das Wahlprogramm der PDS und die Koalitionsvereinbarung von SPD und CDU zu Grundeinschätzung und Aufgaben der Legislatur-Periode 2004 bis 2009

Anfang des Jahrzehnts hatte erst die SPD mit Stolpe, später dann die Stolpe-Schönbohm-Regierung aus SPD und CDU das Land in eine Sackgasse manövriert. Enorme Geldmengen waren – ohne wirtschaftlichen und sozialen Ertrag – in den Sand gesetzt worden; die Strategie der Großprojekte war gescheitert. Brandenburg fiel im Vergleich zu anderen ostdeutschen Bundesländern in entscheidenden Kennziffern zurück. Die auf Chancengleichheit ausgerichtete Reform des Bildungswesens war bereits überfällig, aber durch die Differenzen zwischen den Koalitionspartnern blockiert. Die Abwanderung nahm dramatische Ausmaße an. Auch in den ersten Amtsjahren von Matthias Platzeck änderte sich nichts grundlegend. Durch ihre Gefolgschaft gegenüber der auf Schröder-Kurs befindlichen Bundes-SPD verschärfte die SPD Brandenburg vor allem soziale Probleme: Das gipfelte 2003/2004



in der Auseinandersetzung um Hartz IV und führte zu regelmäßigen, engagierten Protesten auf den Straßen und Plätzen der brandenburgischen Städte und Gemeinden. Der Konflikt zwischen SPD und damaliger PDS um die Agenda 2010 stand einer rot-roten Regierungsbildung und damit der Einleitung eines anderen politischen Kurses im Wege; die PDS brach die Sondierungsgespräche ab und übernahm die Oppositionsrolle.

Die zentralen politischen Projekte ihres Wahlprogrammes wurden zum Leitfaden der Oppositionsarbeit, der kritischen Auseinandersetzung mit der Regierungspolitik und der Kontrolle des Wirkens der Landesregierung.

Die Schwerpunkte unseres Wahlprogrammes waren:

- Kraft für die Zukunft: eine Wende in der Bildungspolitik. Chancengleichheit als Grundprinzip durchsetzen.
- Aus jedem Euro öffentlicher Förderung ein Mehr an Arbeitmarkteffekten und an nachhaltiger Entwicklung. Die heimische Wirtschaft ins Zentrum politischer Bemühungen rücken.
- Gesundheitsleistungen müssen nicht nur bezahlbar, sondern auch erreichbar sein. Soziale Dienste erhalten.
- Demokratie und Öffentlichkeit entfalten, Rechtsstaat stärken, Parteienvorherrschaft abbauen.
- Die Region zusammenhalten – Lebensfähigkeit und Solidarität aller Teile des Landes. Verantwortung dorthin, wo die Kompetenz am größten ist. Für ein sinnvolles Miteinander mit Berlin ohne Druck auf eine Länderfusion. Unsere Region im zusammenwachsenden Europa.
- Haushalts- und Finanzpolitik nach der Ära der Verschwender: Die Zukunft der Menschen im Land solide finanzieren.
- Brandenburgische Politik und brandenburgische Politiker auf der Seite des sozialen Gewissens in Deutschland – bundespolitischen Reformen menschliches Maß abverlangen und als ostdeutsche Stimme vernehmbar sein.



Diese Themen bestimmten die politischen Auseinandersetzungen im Landtag in der ablaufenden Legislaturperiode. Infolge der tatsächlichen Landes- und Bundespolitik traten in den Jahren nach 2004 vor allem die sozialen Folgen der Agenda 2010 und die künftige Energiepolitik in Brandenburg in den Vordergrund. Bundesweit, aber auch aus landespolitischen Gründen rückte das Thema der öffentlichen Daseinsvorsorge sowie der Landes- und Regionalplanung zunehmend ins Zentrum der Politik der LINKEN.

DIALOG FÜR EIN BRANDENBURG DER REGIONEN

Die Linksfraktion entschied sich zur Mitte der Legislaturperiode, ein eigenes Leitbild für die Zukunft Brandenburgs zu erarbeiten. Es wurde in einem breiten öffentlichen Dialog mit der Partei, der Öffentlichkeit und Fachleuten diskutiert, überarbeitet und steht nun unter dem Titel „Unsre Heimat... Für ein zukunftsfähiges und solidarisches Brandenburg der Regionen“ als Arbeitsgrundlage zur Verfügung.

Die 2004 erneuerte rot-schwarze Koalition akzeptierte in ihrem Koalitionsvertrag zunächst die Notwendigkeit für „einen entschlossenen Aufbruch“. Das Leitmotiv der Koalitionsvereinbarung lautete „Erneuerung aus eigener Kraft“.

Ministerpräsident Platzeck hob nach Unterzeichnung des Koalitionsvertrages die zielgenauere Ausrichtung der Wirtschaftspolitik auf regionale Wachstumsbranchen hervor. Die Koalition wolle, „dass Brandenburg ein Hochtechnologieland wird“. Im Mittelpunkt standen auch die „Vereinfachung“ und „qualitative Verbesserung“ des Bildungssystems und die Konsolidierung des Haushaltes. Die Neuverschuldung des Landes sollte um 175 Millionen Euro pro Jahr gesenkt werden; im Laufe der Legislaturperiode sollte die Zahl der Landesbediensteten von 60.000 auf 51.000 verringert werden.

Die Koalitionsvereinbarung selbst nannte darüber hinaus noch als Schwerpunkte die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik wurden dabei „in einen untrennbaren

Zusammenhang“ gestellt, wobei die Arbeitsmarktpolitik „zur Schaffung und zum Erhalt von Arbeitsplätzen beitragen und die Fachkräftesicherung unterstützen“ sollte. Die aktive Arbeitsmarktpolitik sollte fortgeführt werden – insbesondere auch für Menschen mit geringen Chancen, in den ersten Arbeitsmarkt integriert zu werden. Außerdem sollte das Umfeld für Familien und Kinder im Land verbessert werden.

Im Laufe der Legislaturperiode trat für die Koalition, insbesondere die SPD, die Bewältigung des immer dramatischer prognostizierten demografischen Wandels ins Zentrum ihrer konzeptionellen Überlegungen. Notwendig wurden praktische Schlussfolgerungen für das Land. Die Landesregierung reagierte mit einem Abbau von Infrastruktur und finanzieller Ausstattung. Dadurch nahmen vor allem die berlin-fernen Regionen Schaden. Allerdings profitierte im Gegenzug der berlin-nahe Raum nicht davon, sondern musste im Zuge der Sparpolitik der Landesregierung ebenfalls Einschränkungen – gemessen am tatsächlichen Bedarf – hinnehmen.

Die Chance für neue Politikansätze war mit der Neuauflage der rot-schwarzen Koalition vertan worden.

1. Priorität für Bildung?

Ministerpräsident Matthias Platzeck erklärte bei seinem Amtsantritt 2002, unter seiner Führung werde Bildung Priorität haben. Doch leider sieht die Entwicklung anders aus. Die gravierenden Probleme im Bildungs- und Hochschulbereich, die noch zusätzlich verschärft wurden durch die drastisch sinkenden Schülerzahlen, sind von der Regierung nicht ernsthaft angepackt worden. Die zahlreichen Neuerungen haben das Schulsystem leider nicht besser gemacht. Auch im Hochschulbereich gibt es – trotz einiger partieller Verbesserungen – immer noch nicht genügend Studienplätze und ausreichendes wissenschaftliches Personal.

Kita

Zwar liegt Brandenburg mit einer Versorgungsquote an Kita-Plätzen von 43 Prozent (unter Dreijährigen) und von 93 Prozent



(Drei-bis Sechsjährigen) bundesweit vorne, dennoch haben nicht alle Kinder in Brandenburg optimale Startbedingungen. Das liegt an dem fehlenden Rechtsanspruch für die Kleinsten unter

drei Jahren, deren Eltern arbeitslos sind und an der teilweise mangelnden Qualität der Bildungsarbeit in den Kitas. Schuld daran sind die miserablen Rahmenbedingungen für die Arbeit der ErzieherInnen. Die Verbesserung des Personalschlüssels – von der LINKEN mehrfach gefordert, von SPD und CDU jedoch abgelehnt – ist eine unabdingbare Voraussetzung für die Erhöhung der Qualität der frühkindlichen Bildung und Erziehung im Land Brandenburg. Außerdem ist die in der letzten Legislatur eingeführte Sprachstandsfeststellung und die sich gegebenenfalls anschließende Sprachförderung ein Jahr vor der Einschulung viel zu spät. Sie müsste aus Sicht der LINKEN mindestens zwei Jahre vor der Einschulung stattfinden, um Kindern den Start in die Schule tatsächlich zu erleichtern.

Schule

Im Schulbereich droht in den nächsten Jahren viel Unsicherheit, denn die einzige Antwort der Landesregierung auf die sinkenden Schülerzahlen waren Schulschließungen und der Abbau von Lehrstellen.

Übersicht über die Anzahl der Schulen

	2004	2005	2006	2007	2008
Schulen (ges.)	1.044	1.011	972	948	896
Öffentliche	935	889	844	805	738
freie Träger	109	122	128	143	158

Von 2004 bis jetzt wurden 198 öffentliche Schulen geschlossen und 47 weitere Schulen in freier Trägerschaft zugelassen. Mehr als 4.400 Lehrstellen wurden gekürzt.

Kürzung von Lehrstellen

	Vollzeiteinheiten (VZE)	Stellenkürzungen
2004	21.128	1.305
2005	19.823	669
2006	19.154	899
2007	18.255	968
2008	17.287	566

Die Folge sind lange Schulwege für die Kinder und erhöhte Kosten für die Eltern, (vor allem in den ländlichen Regionen), Unterrichtsausfall, Versetzungen von mehreren Tausend Lehrern und Mangel an Lehrernachwuchs. Die Absicherung und Qualität von Fachunterricht ist nicht mehr gewährleistet. Spätestens ab 2012/13 wird es in Brandenburg einen dramatischen Lehrermangel geben.

Bei der Suche nach Problemlösungen gelang es der Regierung nicht, die Stagnation im Schulbereich zu überwinden. Landesregierung und Koalition bezeichneten die 16. Schulgesetznovelle als eines der größten Reformprojekte der letzten Legislatur.

Doch es war leider nicht der „große Wurf“ - im Gegenteil. Diese Novelle führte zu einer stärkeren vormundschaftlichen Schule mit mehr Reglementierungen und gezielten Einwirkungsmöglichkeiten für Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (MBS) und Schülämter, um die verordnete Rotstiftpolitik der Regierung weiter durchzusetzen. Das hieß: weitere Stellenkürzungen und Abbau von schulischer Infrastruktur. Die Chancengleichheit ist dadurch nicht erhöht, sondern stattdessen die Kopplung von sozialer Herkunft und Bildungserfolg verschärft worden.

Die Linke versuchte beharrlich, sowohl auf parlamentarischem Weg (durch eigene Anträge, einen eigenen Schulgesetzentwurf bzw. zahlreiche Änderungsanträge zur 16. Schulgesetznovelle) wie auch durch außerparlamentarische Veranstaltungen (u.a. Workshops zur frühkindlichen Bildung, zur Gemeinschaftsschule oder zur Kinderarmut) ihre Politikangebote zu unterbreiten. Die wichtigsten Anträge beschäftigten sich mit dem uneingeschränkten Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz, einer qualitativen Verbesserung der Kita-Betreuung, der Absenkung des Personalschlüssels, mit dem Erhalt von Schulstandorten (vor allem von Gesamtschulen), mit dem Ganztagschulprogramm, mit der Ausbildung von Sonderpädagogen und Berufsschullehrern in Brandenburg, mit der Lehrbedarfsplanung und der Reform der Lehrerausbildung.

Länger gemeinsam lernen

Um das Bildungswesen wirklich zu modernisieren, müssen nach Ansicht der LINKEN Defizite und Ungleichheiten abgebaut werden. Das ist am besten durch eine Gemeinschaftsschule gewährleistet – eine Schule, in der die Kinder möglichst lange gemeinsam lernen.

Diese Schule bietet allen Kindern und Jugendlichen einen

gemeinsamen Lern- und Lebensraum, in dem Bildungsprozesse professionell gestaltet werden. Sie ermöglicht die bestmögliche Förderung jedes Einzelnen auf der Grundlage seiner individuellen Voraussetzungen. Die Verschiedenheit der Kinder ist als Bereicherung für Lernprozesse und nicht als Hindernis zu verstehen. Vielfältige Erfahrungen belegen, dass eine Schule, die früh selektiert, diesem Anspruch nicht gerecht werden kann. Eine gemeinsame Schule kann bei den Schülern bessere Lernergebnisse erzielen – sowohl in der Leistungsspitze als auch in der Breite. Das haben die erfolgreichen PISA-Länder wiederholt bewiesen. Es ist höchste Zeit für eine Bildungsreform, die diesen Namen tatsächlich verdient. Ein erster Schritt wäre eine von der LINKEN wiederholt geforderte und mit konkreten Vorschlägen unter setzte Verbesserung der Rahmenbedingungen für Schule, um so die Voraussetzungen für einen qualitativ besseren Unterricht zu schaffen.

Trotz desolater Haushaltssituation hat unserer Meinung nach der Rotstift nichts im Bereich der Bildung zu suchen. Bildung sollte endlich als eine wichtige Zukunftsinvestition begriffen werden.

Hochschule

Im Koalitionsvertrag kam Hochschule nur verknüpft vor, in den Reden der Koalition dafür umso mehr, versehen mit dem stolzen Hinweis, hier kein Geld zu kürzen. DIE LINKE verlangte bei jeder Haushaltsaufstellung deutliche finanzielle Aufstockungen, weil die Hochschullandschaft ein entscheidender Zukunftsfaktor ist.



Die Verbesserung der Qualität der Lehre hängt maßgeblich von der Finanzausstattung der Hochschulen ab. Hier gibt es einen klaren Zusammenhang zwischen permanentem Mangel beim wissenschaftlichen Lehrpersonal und wachsenden Studierendenzahlen, einem erhöhtem Betreuungsbedarf und einem unzureichenden Ausbau der Studienplätze. DIE LINKE erarbeitete Eckpunkte einer alternativen Hochschulplanung und entwickelte auf dieser Basis neue Ansätze für linke Hochschulpolitik.

DIE LINKE hat dem neuen Hochschulgesetz nicht zugestimmt, da unseren Forderungen zur demokratischen Entwicklung, nach mehr Lehrqualität und einer deutlichen Verbesserung der sozialen Situation der Studierenden nicht ausreichend berücksichtigt wurden.

Der Schwerpunkt hochschulpolitischer Aktivität lag in der sozialen Dimension von Studium und Lehre. Dazu gehört mehr Chancengleichheit. Daher haben wir uns stets gegen Gebühren aller Art an Hochschulen eingesetzt, insbesondere gegen Studiengebühren. Notwendig ist weiterhin eine langfristige Hochschulentwicklungsplanung. Das Ziel, ein einheitliches Studiensystem in Europa zu praktizieren (Bologna-Prozess), ist nach zehn Jahren noch nicht verwirklicht.

Weiterbildung in Brandenburg

Jahr	Unterrichtsstunden	Teilnehmerzahlen
2002	208.155	122.170
2003	155.581	91.918
2004	123.954	79.136

Weiterbildung

Da Lernen die Menschen zunehmend ihr ganzes Leben begleitet, gewinnt die Weiterbildung enorm an Bedeutung. Doch die Landesregierung hat in den letzten Jahren in diesem Bereich derartig gekürzt, dass der Umfang der geleisteten Stunden und die Beteiligung an Veranstaltungen gesunken ist. Oft ist nicht einmal mehr die Grundversorgung gesichert. Hier bedarf es dringend mehr finanzieller Mittel.

Jugend

Die spezifischen Interessen und Bedarfslagen junger Menschen wurden in der Politik der Landesregierung nicht angemessen berücksichtigt. 10 Prozent aller Jugendlichen verlassen die Schule ohne Abschluss. Weit weniger als die Hälfte aller Ausbildungsplätze sind betriebliche Ausbildungsplätze, mehr als 15 Prozent der unter 25-jährigen sind arbeitslos. Die Gewaltbereitschaft unter Jugendlichen ist hoch, viele Jugendliche haben Zukunftsangst, sehen für sich hier keine Lebensperspektive und verlassen das Land. Es ist der Landesregierung nicht gelungen, diesen Trend zu stoppen, geschweige denn umzukehren.

Auch im Jugendbereich wurde unter dem Vorwand der sinkenden Zahl von Jugendlichen gekürzt. Das erschwert die Jugendarbeit und das kontinuierliche Wirken von Vereinen und Verbänden. Im Konkreten bedeutet es den Abbau von hauptberuflich in der Jugendarbeit Beschäftigten um 27 Prozent, die Schließung von Jugendeinrichtungen und die Einschränkung von Angeboten, vor allem im ländlichen Raum. Der Landesjugendplan wurde von 13 auf 10 Mio. Euro und das 610-Stellenprogramm zur Förderung der Jugendarbeit auf 510 Stellen gekürzt. Die LINKE hat diese Kürzungen abgelehnt, eine Aufstockung des Landesjugendplans, die Erhöhung der Zahl der Schulsozialarbeiter und den Erhalt bzw. die Wiederherstellung des 610-Stellenprogramms gefordert. Aus Sicht der LINKEN ist Jugendpolitik Standortpolitik. Wer an der Jugend spart, beraubt sich wichtiger Zukunftsressourcen.

Kultur

Die Kultur konnte sich auf einem bescheidenen Niveau konsolidieren. Neue Akzente hat die Landesregierung kaum gesetzt. Im Vergleich mit anderen Bundesländern ist Kulturförderung in Brandenburg unterfinanziert. Um das zu ändern, setzte sich DIE LINKE dafür ein, einer Empfehlung der Enquete-Kommission Kultur des Deutschen Bundestages zu folgen und Kultur als Staatsziel im Grundgesetz zu verankern.

DIE LINKE forderte kulturelle Bildung als eine ressortübergreifende Aufgabe zu etablieren. Schwerpunkt war weiterhin die soziale und ökonomische Situation von Künstlerinnen und Künstlern sowie die Förderung von Kultureinrichtungen im Land. Mit hoher Fachkenntnis und viel Geduld hat sich DIE LINKE für die Novellierung des brandenburgischen Musikschulgesetzes eingesetzt,

die zunächst zwar im Landtag abgelehnt wurde, jetzt aber vom Landesverband der Musikschulen überarbeitet, zu einer Volksinitiative wird.



Das neue Potsdamer Hans-Otto-Theater in der Schiffbauergasse

Im Zusammenhang mit der intensiven Entwicklung einer zeitgemäßen Erinnerungskultur, die sich auch mit den Widersprüchen der Zeitgeschichte befasst, hat DIE LINKE besonderes Augenmerk auf die Gedenkstätten in Sachsenhausen und Ravensbrück gerichtet. Chancen der Kulturwirtschaft, die Zukunft des Landeshauptarchivs, die Theaterlandschaft, „Kulturland Brandenburg“, das Filmorchester Babelsberg, Religionsgemeinschaften, die bessere Finanzierung der konfessionslosen Weltanschauungsgemeinschaften, Bibliotheken und Galerien waren weitere Arbeitsfelder der Fraktion DIE LINKE. Die Große Anfrage zur Kultur im Land Brandenburg zeigt, dass noch viel zu tun bleibt.

Sorben (Wenden)

DIE LINKE hat dafür gesorgt, dass die Probleme der Sorben (Wenden) kontinuierlich Thema im Landtag waren. Ausgehend vom dem Verfassungsauftrag (Art. 25 Landesverfassung) hat die Fraktion die Sprache und Kultur der Minderheit als Gewinn für das Land und seine Bürgerinnen und Bürger immer wieder ins öffentliche Bewusstsein gerückt.

Die Auseinandersetzung mit SPD und CDU war unausweichlich,

insbesondere dann, wenn die Regierung oder die Regierungsfractionen die Sorben (Wenden) in eine Bittstellerrolle drängten, wo es doch um die Durchsetzung verfassungsmäßig verbriefter Rechte ging.

DIE LINKE ist die einzige Fraktion im Landtag, die einen Verantwortlichen für die Zusammenarbeit mit dem Rat für sorbische (wendische) Angelegenheiten und weiteren Interessenvertretungen der Sorben (Wenden) benannt hat. Wir haben uns für den rechtzeitigen Abschluss eines Folgeabkommens zum Finanzierungsabkommens für die Stiftung für das sorbische Volk eingesetzt und ein Rederecht für den Rat für sorbische (wendische) Angelegenheiten beim Landtag gefordert. Wiederholt wurden durch uns Fehlentscheidungen bzw. -planungen der Landesregierung angesprochen, z.B. als unter dem Zeichen des Bürokratieabbaus die Zweisprachigkeit von Bekanntmachungen beseitigt werden sollte oder als sorbischsprachige LehrerInnen in Regionen außerhalb des angestammten Siedlungsgebiets der Sorben (Wenden) versetzt wurden. Diese Arbeit wird von den Sorben (Wenden) geschätzt.



Sorbinnen und Sorben aus der Nieder- und Oberlausitz demonstrierten am 15. November 2007 vor dem Brandenburger Landtag

2. Brandenburg - ein kinder- und familienfreundliches Land?

„Wir lassen kein Kind zurück“ hat sich die Landesregierung selbst als Leitmotiv verordnet. Tatsächlich ist die Politik der Landesregierung zunehmend von konservativen Leitbildern geprägt. Kinder werden nur als Teil von Familie gesehen, nicht als eigenständige Persönlichkeiten. Im Koalitionsvertrag finden Kinder und Jugendliche vor allem im Zusammenhang mit Misshandlungen und Vernachlässigungen Beachtung. Die soziale Lage von Kindern, die gewachsene Kinderarmut werden bestenfalls benannt, aber nicht energisch bekämpft. Der Aufforderung der LINKEN, sich ganz konkret für die längst überfällige Anhebung der Regelleistungen (Hartz IV und Sozialhilfe) für Kinder einzusetzen, ist die Landesregierung nicht gefolgt.



Demonstration von Mitgliedern der Fraktion anlässlich der Klausurberatung der Bundesregierung in Meseberg, August 2007

Kinder im SGB-II-Bezug
nach Landkreisen und kreisfreien Städten

Landkreis/ kreisfreie Stadt	Sozialgeld- Empfänger/ -innen unter 15 Jahren*	Quote in %**
Brandenburg a. d. H.	2.483	37,4
Cottbus	3.231	34,0
Frankfurt (Oder)	2.304	38,7
Potsdam	3.984	23,6
Barnim	4.765	25,3
Dahme-Spreewald	3.793	21,7
Elbe-Elster	3.307	28,1
Havelland	4.270	21,6
Märkisch-Oderland	5.701	28,3
Oberhavel	4.917	20,3
Oberspreewald- Lausitz	3.888	32,6
Oder-Spree	5.392	28,4
Ostprignitz-Ruppin	3.498	31,9
Potsdam-Mittelmark	3.411	13,8
Prignitz	2.787	33,2
Spree-Neiße	3.479	27,3
Teltow-Fläming	4.054	21,6
Uckermark	5.253	37,7
Brandenburg	70.517	26,0

* BA: revidierte Daten, Stand: Oktober 2007.

** Berechnet nach Statistischem Jahrbuch Brandenburg 2007:
Bevölkerungsdaten zum 31.12.2006

Quellen: BA 2008 d; LDS BB 2006 d; AfS BE-BB 2007 b

Familie

Die „Familienrhetorik“ der Koalition macht praktisch vor keinem Lebensbereich mehr halt. Egal ob der Bau von Fahrradwegen oder die Sanierung von Schulen – alles geht in Familienpolitik auf und findet Eingang in das familienpolitische Maßnahmenpaket der Landesregierung. Dort reiht sich dann Modellprojekt an Modellprojekt.

Der Bericht „Lebenslagen in Brandenburg“ war durch die Landesregierung als ein herausgehobenes Projekt angekündigt worden. Tatsächlich wurde er mit erheblicher Verzögerung vorgelegt und missliebige Ergebnisse von der Landesregierung in der öffentlichen Debatte verschwiegen oder schöngeredet, wie z.B. die Armutsquote. Die so genannten „Schlussfolgerungen“ sind weder den Problemen angemessen noch lassen sie eine Strategie erkennen. Es werden lediglich die ohnehin laufenden (Modell-) Vorhaben präsentiert. Gleichzeitig hat die Landesregierung die Mittel für die Schwangerschaftskonfliktberatung gekürzt und damit das Beratungsangebot an Schulen sowie für Schwangere und ihre Familien verschlechtert.

Frauen

Für uns hat Gleichstellung Verfassungsrang. Während 1999 noch „Frauenpolitik“ gemacht wurde, die „Förderung der Gleichstellung“ zur Programmatik der Koalition gehörte, der Stellenwert „kommunaler Gleichstellungsbeauftragter“ unterstrichen wurde, die Unterstützung der „Frauenverbände“ zugesagt wurde und natürlich auch Maßnahmen gegen „Gewalt gegen Frauen und Kinder“ auf der Agenda der Landesregierung standen, sah die Brandenburger Regierungswelt spätestens seit der Neuauflage der Koalition im Herbst 2004 anders aus: Das Wort „Gleichstellung“ wurde aus dem Koalitionsvertrag getilgt. Dafür stehen drei dürre Sätze: „Die Koalitionspartner werden sich dafür einsetzen, dass die strukturellen Benachteiligungen von Frauen weiter abgebaut werden. Gender-Mainstreaming als Prinzip und Strategie von Geschlechtergerechtigkeit muss in allen Bereichen der Landesverwaltung zur Anwendung kommen. Der Aktionsplan der Landesregierung zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen wird weiter umgesetzt.“ Aus der „Frauenpolitik“ im Namen des zuständigen Ministeriums wurde die „Familienpolitik“. Das war mehr als eine einfache Umbenennung, das hat Symbolkraft. Dazu passt, dass die zuständige Ressortchefin auch noch Gleichstellungsbe-

auftragte des Landes wurde und damit praktisch Kontrolleurin und Verwalterin der eigenen Frauenpolitik in einer Person ist. Eine moderne, konsequente und offensive Gleichstellungspolitik zugunsten der Chancengleichheit und Lebensqualität von Frauen und Männern findet sich in Brandenburg nicht. DIE LINKE forderte ein Gleichstellungsgesetz für die Wirtschaft. Diese sollte sich stärker an der Gestaltung der Vereinbarkeit von Familien-/ Kinderbetreuung und Beruf beteiligen. Gemeinsam mit dem Frauenpolitischen Rat setzte sich DIE LINKE nachdrücklich für ein gleichstellungspolitisches Rahmenprogramm ein, das es in anderen Bundesländern längst gibt. Darin sollen Handlungsstrategien entwickelt werden, um die bestehenden strukturellen Benachteiligungen für Mädchen und Frauen abzubauen.

Medizinische Versorgung

Die medizinische Versorgung in der Fläche sollte für die Koalitionspartner in der Gesundheitspolitik Priorität haben. Aber die Zahl der nicht besetzten Arztpraxen auf dem flachen Land ist heute größer als vor fünf Jahren.

Die Koalition bejubelt sich selbst seit 2005 mit dem „Modellprojekt Gemeindegemeinschaft“ (AGnES). Es ist aus dem Modellstadium noch nicht herausgekommen. Das ist angesichts der öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten um dieses Projekt mehr als mager! Nach Ansicht der LINKEN ist die Gemeindegemeinschaft nötig, der von der Landesregierung gewählte Ansatz aber falsch. Insbesondere darf die Gemeindegemeinschaft nicht als „Ärzteersatz“ betrachtet werden. Sie sollte nicht nur Aufgaben im Bereich der medizinischen Versorgung erfüllen, sondern auch im sozialen Bereich tätig werden. Dementsprechend muss auch die Finanzierung gestaltet werden, d.h. nicht allein aus dem Budget für die ärztliche Versorgung.



Fragen Sie Ihren Arzt. Wenn Sie noch einen finden.

Jede Gesundheitsreform auf Bundesebene wurde von der Landesregierung mit der Ankündigung begleitet, dass damit die Probleme in Brandenburg viel besser zu lösen sein werden. Eingetreten ist das Gegenteil: Die Wartezeiten auf Termine bei Fachärzten werden immer länger, die Unzufriedenheit mit der Versorgung ist gewachsen.

Die flächendeckende stationäre Betreuung sollte in den Grundfachrichtungen erhalten werden. Die Geburtshilfe gehört offensichtlich nicht dazu. Nach dem neuen Krankenhausplan der



Landesregierung werden an den Standorten Pritzwalk, Prenzlau und Finsterwalde die Abteilungen für Geburtshilfe geschlossen. Im Land wurden in den letzten fünf Jahren weitere Krankenhäuser privatisiert, darunter auch die Landeskliniken.

Die Landesregierung hat den Öffentlichen Gesundheitsdienst mit einer Gesetzesnovelle in seiner Bedeutung weiter beschnitten und die Berichterstattung praktisch abgeschafft.

Damit wird künftig vor allem die sozialkompensatorische Funktion des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) fehlen. Für fundierte gesundheitspolitische Schwerpunktsetzungen ist eine qualifizierte Gesundheitsberichterstattung unverzichtbar. Brandenburg war hier einmal Vorreiter und wird nun zum Entwicklungsland. DIE LINKE hat sich mit Änderungsanträgen zum ÖGD-Gesetz für eine regelmäßige Gesundheitsberichterstattung und für ein engmaschigeres Netz der Reihenuntersuchungen der Gesundheitsämter eingesetzt.

Seniorinnen und Senioren

Um die Belange von Seniorinnen und Senioren hat sich die Landesregierung mit viel Rhetorik bemüht. Immerhin legte sie senienpolitische Leitlinien vor, die Akzeptanz gefunden haben. Auch 20 Jahre nach der deutschen Einheit bestehen für ostdeutsche Rentnerinnen und Rentner Benachteiligungen fort. Die Rentenangleichung Ost an West ist von der Landesregierung nicht ernsthaft betrieben und unterstützt, sondern auf die lange Bank der Prüfung und der Modellrechnungen geschoben worden. Ein Antrag der Linksfraktion, die Landesregierung möge auf Bundesebene für konkrete Schritte zur Rentenangleichung aktiv werden, wurde abgelehnt.

Menschen mit Behinderungen

Die UN-Konvention für Menschen mit Behinderungen hätte Anlass sein müssen, auch im Land die Beseitigung von Defiziten entschlossen in Angriff zu nehmen. Auf entsprechende Initiativen der Linksfraktion reagierte die Koalition mit Hinhalten und wischte nach eineinhalb Jahren unsere Initiative vom Tisch. Sie verabschiedete einen eigenen Antrag, der ohne Substanz ist.

3. „Billiglohnland“ Brandenburg

Während des bundesweiten Aufschwungs - insbesondere 2006 und 2007 - lag Brandenburg unter dem Durchschnitt der Wachstumsraten der neuen Bundesländer. Das ist auf den geringen Anteil des produzierenden Gewerbes und der unterdurchschnittlichen Entwicklung der Exportquote zurückzuführen. Die Landesregierung begann in dieser Zeit mit der Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung. In den Mittelpunkt der Förderung rückten Branchen- und regionale Förderschwerpunkte nach dem Prinzip: Stärken stärken - Wachstum fördern.

2008 waren die Auswirkungen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Brandenburger Wirtschaft noch moderat. Trotzdem blieb das Wirtschaftswachstum mit 0,8 Prozent unterdurchschnittlich im Vergleich der neuen Bundesländer. Die Wirtschaftskrise wirkt sich zunehmend auf alle Branchen aus. Mehr als ein Viertel der Unternehmen in Brandenburg plant, die Beschäftigtenzahl zu reduzieren.

Während der kurze Aufschwung hauptsächlich vom Außenhandel getragen wurde, nahm die Binnennachfrage - insbesondere der private Konsum - nur wenig zu. Die schwache Nachfrage resultiert aus dem geringen Anstieg der Haushaltseinkommen in Brandenburg bei gleichzeitigem Anstieg des allgemeinen Preisniveaus. Überdurchschnittlich lange Arbeitszeiten und unterdurchschnittlicher Verdienst charakterisieren die Arbeitsverhältnisse in Brandenburg. In Brandenburg leistete ein Erwerbstätiger 2008 im Durchschnitt 1.498 Arbeitsstunden und arbeitete damit um 65 Stunden länger als im bundesweiten Durchschnitt. Vollzeitbeschäftigte im Land Brandenburg verdienten 2007 30.490 Euro. Im bundesweiten Vergleich (40.368 Euro) erhielten Arbeitnehmer in Brandenburg 2007 rund 10.000 Euro bzw. 25 Prozent weniger. Eine Wirtschaftspolitik, die mit dem „Standortvorteil“ niedriger Löhne und längerer Arbeitszeiten wirbt, ist kontraproduktiv.

Wirtschaft

Die von der Landesregierung mit der Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung einhergehende Förderung von Regionalen Wachstumskernen führt zu einer Bündelung von Mitteln. Es zeigt sich jedoch, dass ganze Regionen abgehängt werden. Die Landespolitik muss aber auch außerhalb der Regionalen Wachstumskerne die Daseinsvorsorge gewährleisten, denn hier lebt rund ein Drittel der Brandenburgerinnen und Brandenburger.



Nach Ansicht der LINKEN machen die vielfältigen Herausforderungen und die differenzierte Entwicklung in den Regionen des Landes eine grundsätzliche Überarbeitung der Förderstrategie notwendig. Zum einen wird auch künftig eine flexible und allgemeine Wirtschaftsförderung notwendig sein. Zum anderen müssen aber verstärkt solche integrierten ressortübergreifenden Förderprogramme entwickelt bzw. aufgelegt werden, die eine gezielte Profilierung bestimmter regionaler Stärken und Entwicklungen unterstützen.

Als zentrales Instrument zur Neuausrichtung der Förderstruktur und Förderlogik plädieren wir dafür, die Investitionsbank des Landes Brandenburg zu einer Struktur- und Mittelstandsbank auszubauen. Über den Auf- und Ausbau von revolving Fonds soll die Wirtschaftsförderung verstärkt auf Darlehen umgestellt werden, um die Technologie- und Strukturförderung künftig sicherzustellen und das Abschmelzen der Solidarpakt-II-Mittel kompensieren zu können.

Öffentliche Auftragsvergabe

Wir wollen die öffentliche Vergabe von Aufträgen qualifizieren, um sie als wesentliches Steuerungsinstrument zur Förderung von kleinen und mittelständischen Unternehmen im Land Brandenburg zu nutzen. Dazu gehören für uns die Festschreibung von sozialen und tariflichen Standards bzw. eines Mindestlohns. Dazu haben wir mehrere parlamentarische Initiativen in den Landtag eingebracht, die alle von der Koalitionsmehrheit abgelehnt worden sind.

Arbeitsmarktpolitik

In ihrem Koalitionsvertrag hatten sich SPD und CDU verpflichtet, im Rahmen der Möglichkeiten zur Verwirklichung des in der Landesverfassung Brandenburg festgeschriebenen Rechts auf Arbeit (Art. 48) beizutragen. Als besonderes Anliegen wurden die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Verbesserung der Erwerbschancen für alle Menschen benannt.

Gemessen an dieser Zielsetzung fällt die arbeitsmarktpolitische Bilanz der SPD/CDU-Landesregierung ernüchternd aus. Zwar ging die Arbeitslosigkeit in Folge des konjunkturellen Aufschwungs in den vergangenen Jahren auch in Brandenburg zurück, doch die vom Bund beschlossenen und von den Koalitionspartnern unterstützten Reformen machten den Arbeitsmarkt nicht krisenfest. Das zeigt der Anstieg der Arbeitslosigkeit infolge der Finanzkrise.

Die Reformen des Arbeitsmarktes zielten in erster Linie darauf, die vermeintlichen Vermittlungsprobleme als Hauptursache der Massen- und Langzeitarbeitslosigkeit zu beseitigen. Die so genannten Hartz-Reformen konnten auch in Brandenburg die zentralen Herausforderungen nicht lösen, sondern haben die Situation der Beschäftigten massiv verschlechtert.

Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse lag im Februar 2009 mit 720.500 deutlich unter dem Wert der so genannten Hartz-Reformen im Jahr 2002 (760.000). Der Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse seit 2006 ist vor allem auf Zuwächse bei prekären, nicht Existenz sichernden Arbeitsverhältnissen, wie Midi- und Minijobs und Leiharbeit, zurückzuführen. Auch hat sich in Folge der Hartz-IV-Regelungen der Niedriglohnsektor ausgeweitet. Inzwischen muss jeder vierte Beschäftigte in Brandenburg mit einem Bruttostundenlohn unter 7,50 Euro Vorlieb nehmen. Und etwa 70.000 Brandenburgerinnen und Brandenburger sind auf aufstockende Leistungen nach dem SGB II angewiesen, um ihren Lebensunterhalt und den ihrer Familienangehörigen sichern zu können.

Symptomatisch für die unkontinuierliche Förderpolitik der derzeitigen Regierungen in Bund und Land sind die steigenden Arbeitslosenzahlen von schwerbehinderten Menschen. Am Ende der bundesweiten Kampagne zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Schwerbehinderter gab es im Jahr 2002 im Land Brandenburg noch 4.757 schwerbehinderte Arbeitslose. Danach stieg die Zahl wieder an und betrug im Jahr 2008 mehr als 8000. Auch während des zurückliegenden Aufschwungs nahm die Anzahl schwerbehinderter Arbeitslosen entgegen dem allgemeinen Trend zu. Bei der Frage der Berufsausbildung erfüllt die Landesregierung Brandenburg ihre Aufgaben nicht. Zur Überwindung des Ausbildungsplatzdefizits hatten sich Wirtschaft und Politik vor Jahren verständigt, eine Ausbildungsquote von sieben Prozent anzustreben.

Ausbildungsjahr	Ausbildungsquote der Landesverwaltung
2004/05	3,65 %
2005/06	3,35 %
2006/07	1,25 %
2007/08	1,77 %

Während die Landesregierung die private Wirtschaft immer wieder auffordert, zusätzliche Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen, ist die Ausbildungsquote in der Landesverwaltung ein Armutszeugnis.

Öffentlich geförderter Beschäftigungssektor

Die SPD/CDU-Regierungskoalition hat die zu Ende gehende Legislaturperiode nicht genutzt, um eigene Initiativen zum nachhaltigen Abbau der Arbeitslosigkeit zu starten. Stattdessen unterstützte sie vor allem die verfehlte Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern, wie z.B. Berlin, wurden keine eigenständigen Programme zur Schaffung eines nennenswerten Öffentlich geförderten Beschäftigungssektors (ÖBS) aufgelegt, in dem gesellschaftlich sinnvolle und notwendige Arbeit organisiert und verrichtet wird und sich Langzeitarbeitslose eine neue Perspektive aufbauen können.

Der Minimalkonsens der Regierungsparteien in der Arbeitsmarktpolitik bestand lediglich darin, das Regionalbudget inhaltlich völlig zu überfrachten.



Bei der Umsetzung des Bundesprogramms „Kommunalkombi“ nimmt Brandenburg im Ländervergleich zwar eine Spitzenposition ein, ist aber weit davon entfernt, die Potenziale dieses Förderprogramms für Langzeitarbeitslosen vollständig zu nutzen. Von den möglichen 11.300 Stellen waren Anfang Mai 2009 gerade einmal 2.318 Stellen bewilligt. Die Koalitionsfraktionen wollen nach wie vor nur zwei Drittel der insgesamt 11.300 für Brandenburg zur Verfügung stehenden Kommunalkombi-Stellen mit Landesmitteln kofinanzieren.

Mindestlöhne und -arbeitsbedingungen

Einig waren sich die Koalitionspartner SPD und CDU bei der Ablehnung von arbeitsmarktpolitischen Initiativen der Linksfraktion. So lehnten auch die Sozialdemokraten den Antrag der LINKEN zur Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns ab, obwohl sie selbst für dieses Anliegen eine medienwirksame Unterschriftenkampagne durchführten. Ebenfalls zurückgewiesen wurden die Anträge zur fairen Ausgestaltung der Zeitarbeit. Damit wollten wir das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ durchsetzen - für Stammbesellschaft und Zeitarbeitnehmer gleichermaßen. Die Koalitionsfraktionen lehnten auch einen Antrag zur Gewährung der Arbeitnehmerfreizügigkeit ab 2009 ohne Sozialdumping ab. Mit einer entsprechenden Bundesratsinitiative sollte Arbeitnehmern aus den am 1. Januar 2004 beigetretenen EU-Beitrittsstaaten die Möglichkeit eingeräumt werden, ab Mai 2009 in Deutschland einer uneingeschränkten Beschäftigung nachzugehen. Intention der Linksfraktion war, die Gewährung der Arbeitnehmerfreizügigkeit mit der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns bzw. mit der Ausweitung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes zu flankieren, um so Lohndumping zu verhindern.

Energiepolitik und Klimaschutz

Als Mitinitiatorin eines landesweiten Klimaschutz- und Energiedialogs untermauerte DIE LINKE ihren Anspruch, die zukünftige Energieversorgung im Land Brandenburg sozial und ökologisch zu gestalten. Wir fordern den mittelfristigen Ausstieg aus der Braunkohleverstromung bis 2050. DIE LINKE hat das Volksbegehren „Keine neuen Tagebaue“ intensiv unterstützt und damit eine landesweite Diskussion über eine Wende in der Energiepolitik in Zusammenarbeit mit Umweltverbänden maßgeblich mitbestimmt. Damit ist Brandenburg im Sinne unseres im Landtagswahlprogramm geforderten ökologischen Umbaus der Gesellschaft einschließlich einer zukunftsfähigen Energiepolitik noch lange nicht am Ziel, aber gegen den Widerstand der Landesregierung einen großen Schritt weitergekommen.

Es ist völlig unverständlich, dass die Landesregierung Mitte 2008 ihre Energiestrategie 2020 ohne einen öffentlichen Dialog beschlossen hat und sich offenbar mehr der Unternehmensplanung des schwedischen Staatskonzerns Vattenfall anpasste als eigene politische Rahmenbedingungen zu setzen. Ein mittelfristiger und sozialverträglicher Ausstieg aus der Kohleverstromung bleibt auf

der klima- und energiepolitischen Tagesordnung. Er ist der Garant für die dringend erforderliche Reduzierung der klimaschädlichen CO₂-Emissionen.

Energiestrategie

Die Energiestrategie der Landesregierung bedeutet mehr Stillstand als Bewegung. Einer notwendigen Reduktion der CO₂-Emissionen als Schwerpunkt wird sie in keiner Weise gerecht. Das Erreichen des Reduktionsziels von 53 Mio. Tonnen energiebedingter CO₂-Emissionen – entsprechend der Energiestrategie 2010 – wird dadurch über 10 Jahre verschoben. Von der Landesregierung fordern wir den so genannten „Plan B“ ein, falls die vorgesehene CCS-Technologie (Abscheidung des CO₂ aus den Rauchgasen der Braunkohlekraftwerke und seine unterirdische Speicherung) nicht rechtzeitig und großtechnisch für die Lausitzer Braunkohlekraftwerke zur Verfügung steht.

In den Mittelpunkt moderner Energiepolitik gehören deshalb die Steigerung der Energieeffizienz, die Senkung des Energieverbrauchs und eine strikte Ausrichtung der Landesstrategie auf erneuerbare Energien. Das ist der Inhalt einer nachhaltigen und dringend notwendigen Energiewende, wie sie DIE LINKE in Brandenburg seit Jahren fordert.

Tourismus

Die Tourismusbranche in Brandenburg besteht überwiegend aus kleinen und mittelständischen Unternehmen. Für die ländlich geprägten und strukturschwachen Regionen ist diese Branche sehr wichtig, denn hier entwickelt der Tourismus als Wirtschaftsmotor Breitenwirkung. Die Landesregierung hat die strategische Ausrichtung des Tourismus in der Tourismuskonzeption für die Jahre 2006 bis 2010 festgelegt. Bei der weiteren Ausgestaltung dieses Konzeptes müssen aus Sicht der LINKEN wirtschaftliche, ökologische und soziale Anforderungen stärker berücksichtigt werden. Auch die Barrierefreiheit von touristischen Angeboten ist noch lange keine Selbstverständlichkeit in Brandenburg. Hier braucht es deutlich mehr Engagement seitens der Landesregierung. DIE LINKE steht für einen Tourismus, an dem alle Menschen teilhaben können.

Wir wollen den sanften Tourismus pflegen und fördern, der sowohl dem Bedürfnis nach Erholung und Bildung als auch dem

Schutz von Natur und Umwelt gerecht wird. Unsere Ideen dazu sollten in die Tourismuskonzeption einfließen. Sie wurden abgelehnt.

Konversion

Die zivile Umwandlung ehemaliger militärischer Liegenschaften, die Konversion, ist in Brandenburg ein Wirtschaftsfaktor. Trotz der bisher erreichten Ergebnisse, sowohl in der Stadtentwicklung als auch durch die Renaturierung vormals geschundener Naturräume z.B. durch das erfolgreiche Projekt „Ökopool“, bleibt die Konversion eine landespolitische Aufgabe, die langfristig finanziert werden muss. Neben der Überprüfung und Fortschreibung der Konversionsleitlinien wollten wir die weitere Förderung dieser Flächenumwandlung im Land sichern. Das gelang gegen den Widerstand der Koalition nur ansatzweise. Mit unserem Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung der Verwertung von WGT-Liegenschaften im Allgemeinen Grundvermögen (WGT-LVG) des Landes sollten bestehende ordnungs- und strukturpolitischen Rahmenbedingungen im Landesrecht weiter verankert werden.

Darüber hinaus setzte sich DIE LINKE mit mehreren Initiativen für die friedliche Nutzung der Kyritz-Ruppiner Heide, das so genannte Bombodrom, ein.



4. Kommunale Entwicklung bleibt widersprüchlich

Die Novellierung der Kommunalverfassung sollte das größte Reformvorhaben der Landesregierung werden. Herausgekommen ist aber nur ein Reförmchen mit Einschränkungen für die Kommunalvertreter und schlechteren Bedingungen für kommunalwirtschaftliche Betätigung. Dabei hat DIE LINKE noch das Schlimmste verhindert, denn die Landesregierung wollte eine noch größere Stärkung der Hauptverwaltungsbeamten. Mit der Einführung der Direktwahl der Landräte ist eine langjährige Forderung der LINKEN formal umgesetzt worden. Aber da sie auf Januar 2010 verschoben wurde,

nutzt die SPD, wie von uns vorhergesagt, die verbleibende Zeit, ihre Landräte jetzt noch schnell einzusetzen. DIE LINKE sorgte mit den Großen Anfragen zur Gemeindegebietsreform und zur Kommunalen Selbstverwaltung dafür, dass die Änderungen und Einschnitte in diesen Be-

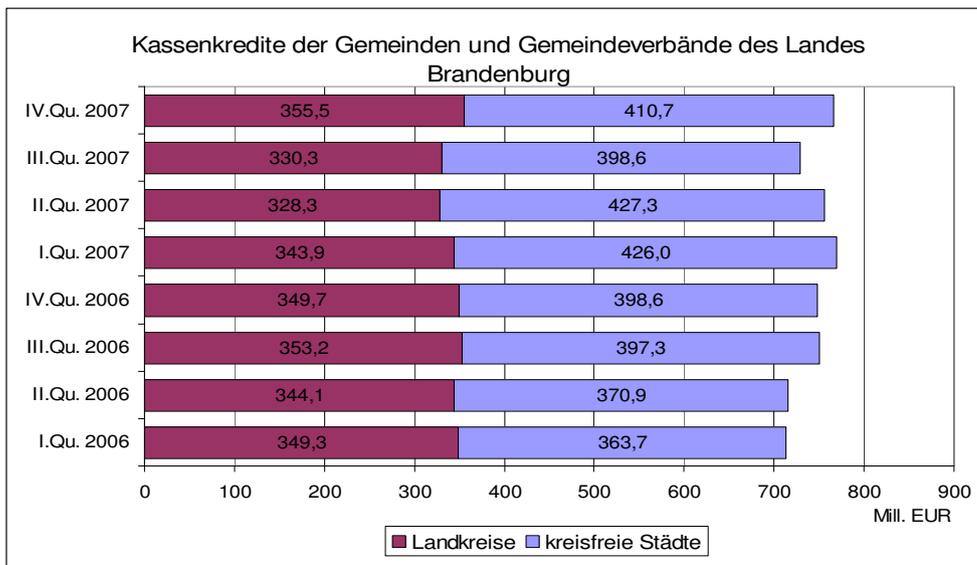
reichen weiter evaluiert und thematisiert wurden. Nach Abschluss der Gemeindegebietsreform sollte die Funktionalreform fortgeführt werden - mit dem Schwerpunkt der Aufgabenübertragung von den Landkreisen auf die Gemeinden, so hieß es in den Koalitionsverträgen 1999 und 2004. Obwohl ein umfassender Katalog von zu übertragenden Aufgaben erarbeitet wurde, hat sich in den vergangenen 10 Jahren jedoch kaum etwas getan. Die Landesregierung blockierte die Arbeit in der extra

eingeschichteten Interministeriellen Arbeitsgruppe. Die Querelen werden jetzt zum Abschluß der Legislatur immer deutlicher - bis hin zum Ausstieg des Städte- und Gemeindebundes aus dieser gemeinsamen Arbeitsgruppe. Im Landtag ist die Funktionalreform ausschließlich auf Druck der LINKEN gegen die Koalition diskutiert worden - doch ohne Erfolg.

Kommunal финанzen

Auch auf Drängen der LINKEN gibt es im Land Brandenburg seit 2005 ein Finanzausgleichsgesetz (FAG). Dieses bedarf aus unserer Sicht jedoch verschiedener, dringend notwendiger Änderungen. Insbesondere müssen die Kommunen ohne vorherigen Abzug von 50 Millionen Euro an den Einnahmen des Landes beteiligt werden. Die regelmäßige Spitzabrechnung des kommunalen Finanzausgleichs rechnete sich die Landesregierung zu ihren Gunsten schön. Mehrere Aufgabenübertragungen waren an der damit verbundenen unzureichenden

Finanzausstattung vor dem Landesverfassungsgericht gescheitert, wie zum Beispiel die Eingliederungsleistungen für Menschen mit Behinderungen in stationären und teilstationären Einrichtungen. Die Notwendigkeit von Übergangsregelungen zur Finanzierung der Daseinsvorsorge in den nun abgeschafften Grundzentren erkannte die Landesregierung auf Anregung der LINKEN ebenfalls und zahlte einen einmaligen Ausgleich.



Quelle: Vierteljahresstatistik der Gemeindefinanzen

Im Rahmen der Hartz-IV-Gesetzgebung wies DIE LINKE wiederholt daraufhin, dass die Kommunen überproportional mit den Kosten belastet werden, ohne dafür einen entsprechenden finanziellen Ausgleich zu erhalten, denn das hat wesentlich zur unzureichenden Finanzausstattung beigetragen. Von der aktuellen Krise sind auch die Kommunen des Landes Brandenburg durch die zu erwartenden Steuerausfälle betroffen. DIE LINKE versuchte dies mit einer Initiative zur Abschaffung der Gewerbesteuerumlage zu kompensieren. Die Landesregierung sieht dennoch keinen Handlungsbedarf, um diese erkennbaren finanziellen Lücken zu schließen.

Stadtentwicklung und Wohnen

Da die Städte in Brandenburg schrumpfen, sind Lösungen gefragt, die dieser Entwicklung gerecht werden. DIE LINKE artikuliert dies in mehreren parlamentarischen Initiativen. Auf unseren Druck entwickelte die Landesregierung den Masterplan Stadtumbau. Mehrfach forderten wir die Altschuldenentlastung der Wohnungsunternehmen. Mit der Großen Anfrage „Wohnen“ der Fraktion DIE LINKE konnte eine Bestandsanalyse erstellt wer-



den. Im Ergebnis einer Stadtumbaukonferenz wurden politische Positionen entwickelt. Dazu gehört u.a. die Sicherung bezahlbarer Wohnungen für alle Generationen mit den Schwerpunkten barrierefreies Wohnen, Singlewohnungen und generationsübergreifen-

des gemeinsames Wohnen. Außerdem darf der Stadtumbau nicht nur auf den Abriss, sondern muss zunehmend auf eine Aufwertung unserer Städte gerichtet und durch demokratische Teilhabe zur Sache der Einwohner gemacht werden.

Trink- und Abwasserproblematik



Zu der von der LINKEN geforderten Entwicklungspolitik für Brandenburg gehört u.a. eine angepasste Gewässerunterhaltung sowie Trink- und Abwasserlösungen. Für alle zusammen gilt im Land Brandenburg, dass sie nicht kostengünstig angeboten werden. Initiativen der LINKEN wurden durch Koalition und Landesregierung kategorisch abgelehnt. Weder Transparenz noch der Wille zu Kostenreduzierung und Abkehr von überholten zentralen Lösungen sind zu erkennen. Ebenso gibt es auf wiederholte Nachfrage keine Antwort zum Schuldenstand der Zweckverbände und zum Auslastungsgrad der überdimensionierten Kläranlagen. Statt dessen wird mit aller Härte der Anschluss- und Benutzungszwang durchgesetzt und Anschlussbeiträge aus DDR-Zeiten nacherhoben. DIE LINKE stand und steht fest an der Seite der um ihr Recht kämpfenden Bürgerinnen und Bürger und unterstützt sie parlamentarisch und außerparlamentarisch.

Noch in dieser Legislaturperiode (Rundschreiben von 2005) war die Landesregierung der Auffassung, dass die Altanschießer nicht zu Herstellungsbeiträgen heranzuziehen sind. Mit der Rechtspre-

chung des Oberverwaltungsgerichts vom Dezember 2007 änderte sich diese Herangehensweise jedoch.

DIE LINKE hat dazu mehrere Gesetzentwürfe eingebracht und sorgte damit für Bewegung auf parlamentarischer Ebene. Bei unseren parlamentarischen Initiativen gingen wir davon aus, dass die bereits einmal zum 31. Dezember 2003 verjährten Herstellungsbeitragsforderungen auch verjährt bleiben. Dieses Vorgehen wurde in Anhörungen mehrfach bestätigt. Damit wären Altanschießer von Herstellungsbeiträgen entlastet worden und es hätte ein Schlussstrich gezogen werden können. Dagegen werden die geplanten Änderungen der SPD/CDU-Koalition von Experten als Systembruch und Verlagerung der Verantwortung auf die kommunale Ebene angesehen.

DIE LINKE hat sich außerdem für eine Fortführung des Schuldenmanagements eingesetzt. Nicht unter der Prämisse des fortgesetzten Missbrauchs des Anschluss- und Benutzungszwangs, sondern zugunsten von umweltgerechten dezentralen Abwasserlösungen dort, wo es technologisch sinnvoll ist.

Gescheitert ist die mehr als berechtigte Forderung der LINKEN, die Braunkohleunternehmen an den Kosten der Gewässerunterhaltung zu beteiligen. Statt dessen werden ausgerechnet die Unternehmen, die die größten Gewinne einfahren sowie Natur und Umwelt am stärksten belasten, aus der finanziellen Verantwortung für die schwerwiegenden Eingriffe in den Wasserhaushalt entlassen.

Verbraucherschutz

Immer wieder werden die Bürgerinnen und Bürger von Lebensmittelskandalen überrascht. Gegen den Willen der LINKEN erfolgte ein drastischer Personalabbau und eine Zentralisierung der Lebensmittelüberwachung und -kontrolle. Damit ist eine vorbeugend wirksame Kontrolldichte nicht zu realisieren. Hingegen erfreulich ist die parteiübergreifend gelungene Sicherung der Finanzierung der Arbeit der Verbraucherzentrale. Sie leistet insbesondere auch im Bereich des Verbraucherschutzes im Energiepreissektor - in Zeiten rasanter Preiserhöhungen - eine erfolgreiche Arbeit.

Demokratie

Im Rahmen der Novellierung der Kommunalverfassung setzte sich DIE LINKE für ein gestuftes Quorum bei Bürgerbegehren ein. Bei den Kommunalwahlen sollten Jugendliche ab dem 16. Lebensjahr bereits wählen dürfen ebenso wie Migranten. Diese Vorhaben scheiterten an der Koalitionsmehrheit. Ebenso setzte sich DIE LINKE für eine wirksame Förderung des Ehrenamtes und von Bürgerinitiativen ein, um noch mehr Menschen für politisches und bürgerschaftliches Engagement zu begeistern. In Zukunft werden alle Regionen des Landes Brandenburg darauf angewiesen sein.

Bürokratieabbau

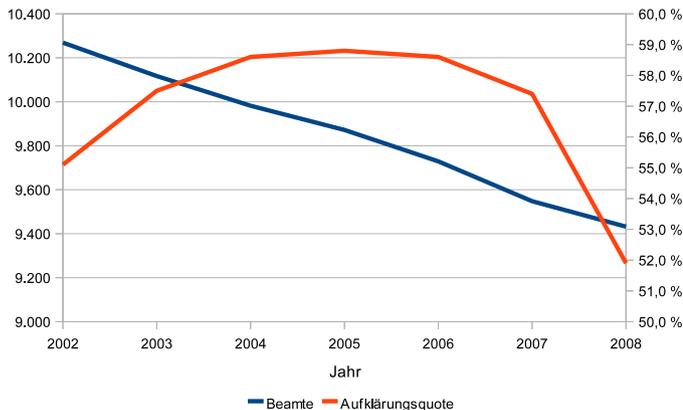
Der Landtag beschloss am 1. Juni 2005 einen Sonderausschuss zur Überprüfung von Normen und Standards einzusetzen. 2 Jahre beschäftigte er sich damit, alle Gesetze und Verordnungen des Landes auf Notwendigkeit, Effizienz und Transparenz zu überprüfen. Für uns war es wichtig darauf zu achten, dass unter dem Deckmantel des Bürokratieabbaus keine sozialen Standards ausgehöhlt werden – so war beispielsweise die Abschaffung der Frauenförderrichtlinie kurzzeitig im Gespräch.



Wir konzentrierten uns darauf, das Handeln in den Landesverwaltungen transparenter und zielorientierter zu machen und insgesamt zu beschleunigen. Dies sollte spürbar Erleichterungen für Bürgerinnen und Bürger, die Wirtschaft und nicht zuletzt auch die Verwaltungen führen. Aber leider spricht nun, nach Beendigung der Ausschussarbeit, niemand in der Landesregierung mehr von Bürokratieabbau, geschweige denn, dass wirksame weitere Schritte eingeleitet werden.

5. Bürgerrechte gesichert?

Mit großem Ehrgeiz verfolgte Innenminister Schönbohm das Ziel, bundesweit Spitzenreiter beim Ausbau der inneren Sicherheit zu sein. Darum wurde das Polizeigesetz wiederholt verschärft und der Polizei weitere Eingriffsbefugnisse gegeben, wie automatische Kennzeichenfahndung, Handyortung und das Abhören von Wohnungen. Auch die Videoüberwachung von öffentlichen Straßen und Plätzen ist nach einem groß angelegten Versuch unbefristet in das Polizeigesetz aufgenommen worden. Ohne diese Regelungen wäre unser Land jedoch nicht weniger sicher. Parallel dazu wurden Polizeistellen abgebaut, Polizeiwachen geschlossen und die Zahl der Revierpolizisten verringert. DIE LINKE hat sich im Interesse der Wahrung der Bürgerechte konsequent gegen diese Entwicklung gestellt und auf einen Stopp des Personalabbaus sowie auf eine Stärkung der Prävention gedrängt.



Justiz

Eine funktionierende Justiz als tragende Säule des Rechtsstaats war das Bekenntnis der Koalition zu Beginn der Legislatur. Vier Jahre lang plante und rechnete die Landesregierung an einem „Konzept zur sachgerechten Reduzierung der Amts- und Arbeitsgerichtsstandorte im Land Brandenburg“. Am Ende musste der Ministerpräsident die Notbremse ziehen und das Aus für das Schließungskonzept verkünden. DIE LINKE hatte sich frühzeitig positioniert und in mehreren Anträgen die Landesregierung aufgefordert, diese falschen Planungen aufzugeben.

Zudem haben wir in unserer Großen Anfrage zum Zustand der Justiz im Land Brandenburg wesentliche Kennzahlen erfahren, um so die Landesregierung zu Mehreinstellungen in der Justiz zu bewegen. Der Verfahrensstau an den Sozialgerichten war mittlerweile unerträglich geworden. Durch die Föderalismusreform wurde es zudem notwendig, ein Jugendstrafvollzugsgesetz zu erarbeiten. DIE LINKE legte hierzu einen eigenen Gesetzentwurf vor, der einen deutlichen Schwerpunkt auf den erzieherischen Auftrag der Justizvollzugsanstalten setzte.

Datenschutz und Informationsfreiheit

Dem Datenschutz im Land den notwendigen Stellenwert zu verschaffen, darauf wirkt DIE LINKE kontinuierlich hin. Die Datenschutzskandale der letzten Zeit zeigen das Dilemma nur in Ansätzen. Die rasante technische Entwicklung ermöglicht es, immer genauere Nutzerprofile von Menschen zu erstellen. Das weckt Begehrlichkeiten bei Unternehmen und beim Staat. Dass damit der gläserne Bürger droht, ist vielen Menschen aber immer noch nicht ausreichend bewusst.

DIE LINKE setzte sich konsequent für die Zusammenführung der Datenschutzaufsicht im öffentlichen und nicht-öffentlichen Bereich bei der Datenschutzbeauftragten des Landes ein. Zudem forderten wir die Überarbeitung des Akteneinsichts- und Informationsgesetzes im Zusammenhang mit dem Umweltinformationsgesetz, denn der Zugang der Bürger zu Informationen der Verwaltung ist für DIE LINKE nach wie vor ein Gebot transparenter Verwaltungspolitik. Brandenburg hat in den letzten zehn Jahren seinen vorderen Platz auf diesem Gebiet verloren. Das zeigte unsere Große Anfrage. Wir setzten uns im Zusammenhang mit dem Jahresbericht der Datenschutzbeauftragten außerdem für ein allgemeines Kopierrecht bei der Akteneinsicht ein.

Ausländer- und Flüchtlingspolitik

In der Asyl- und Flüchtlingspolitik setzte diese Landesregierung keine wesentlichen Akzente. DIE LINKE hat sich mit Erfolg für die Bildung einer Härtefallkommission und die Überarbeitung der Satzung dieses wichtigen Gremiums eingesetzt. Wir forderten die Abschaffung des Sachleistungsprinzips und die Aufhebung der Residenzpflicht. Zudem haben wir uns z.B. im Rahmen der Neuregelung der Kommunalverfassung für ein Wahlrecht für Nicht-EU-

Ausländer eingesetzt. Unsere Große Anfrage zur Migrationspolitik des Landes legt die Schwächen der Integrationspolitik u.a. in den Bereichen der sprachlichen Förderung und der beruflichen Integration offen.

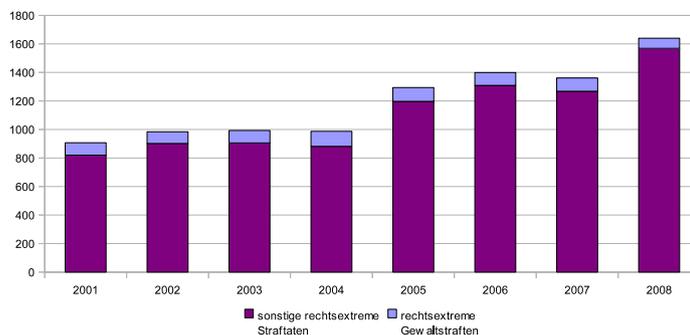
Brand- und Katastrophenschutz

DIE LINKE hat die Landesregierung zu einem Brand- und Katastrophenschutzkonzept gedrängt, in dessen Ergebnis auch das Konzept der Stützpunktfeuerwehren erarbeitet worden ist. Der Landesregierung ist es beim landesweiten freiwilligen Brandschutz nicht gelungen, die Rahmenbedingungen für die freiwilligen Feuerwehren zu verbessern. Dazu hatten wir vorgeschlagen, die Feuerschutzsteuer vollständig für diese Zwecke einzusetzen. DIE LINKE setzte sich mit Erfolg für den Erhalt der Landesfeuerweherschule in Eisenhüttenstadt und der technischen Einrichtung in Borkheide ein.

Rechtsextremismus

In der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus hat sich DIE LINKE für den Erhalt der Förderstrukturen auf Bundesebene eingesetzt. Dabei wird die aktive Rolle der LINKEN in diesem Prozess sowohl von der SPD / CDU Koalition als auch in der Bevölkerung anerkannt. Halbe ist mittlerweile kein Aufmarschgebiet mehr für die Rechtsextremisten. Die Initialzündung dafür hat DIE LINKE gegeben. Das Aktionsbündnis gegen Heldengedenken in Halbe wurde von uns gemeinsam mit anderen demokratischen Kräften 2000 ins Leben gerufen. Daraus entwickelte sich eine breite

Entwicklung der politisch motivierten Kriminalität von rechts



Bewegung. Sie führte von der Blockade des Naziaufmarsches 2005 über den Tag der Demokraten 2006 bis hin zur Novelle des Versammlungsgesetzes 2007, das nunmehr ein Verbot von Aufmärschen rechtsextremistischer Kräfte am Waldfriedhof Halbe ermöglicht.



Entscheidend für diese kontinuierliche Auseinandersetzung war der Beschluss des Landtages im April 2005. Er ermöglicht, dass sich der Landtag alljährlich im Vorfeld des Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar mit der Umsetzung des Handlungskonzepts der Landesregierung „Tolerantes Brandenburg“ beschäftigt.

Wesentlich für unsere Arbeit waren zudem die monatlichen Anfragen zur Entwicklung der politisch motivierten Kriminalität von Rechts, die wir für die öffentliche Debatte offensiv nutzen. Trotz aller Bemühungen muss festgestellt werden, dass die rechtsextremistisch motivierten Straftaten weiter angestiegen sind. DIE LINKE wird sich weiterhin maßgeblich dafür einsetzen, dass ein Verbot der Wiederbelebung nationalsozialistischen Gedankengutes in das Grundgesetz und in die Brandenburger Verfassung aufgenommen wird.

6. Gutes Leben in allen Regionen?

Unser Leitbild „Für ein zukunftsfähiges und solidarisches Brandenburg der Regionen“ enthält alternative Planungen zum Leitbild der Landesregierung, dessen Ansatz „Stärken stärken“ wir für falsch halten. Die Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen in allen Teilen des Landes ist für DIE LINKE ein entscheidender Grundsatz für die weitere Entwicklung Brandenburgs. Insbesondere die Abschaffung der Grundzentren ist falsch und wird für viele kleine Landstädte erhebliche Probleme bringen. Es besteht die Gefahr, dass dann viele Leistungen der kommunalen Daseinsvorsorge vor Ort nicht mehr angeboten werden. Während des öffentlichen Beteiligungsverfahrens zum Landesentwicklungsplan Berlin-Brandenburg (LEP B-B) versuchte DIE LINKE wiederholt, die Landesregierung zur Umkehr zu bewegen. Ohne Erfolg. Die Landesregierung versteckt sich dabei dahinter, dass es sich um einen Staatsvertrag mit Berlin handele, den man nicht einseitig ändern könne.

Landwirtschaft

Die Landwirtschaft hat sich – trotz schlechter werdende Rahmenbedingungen – gut entwickelt. Mit Unterstützung der LINKEN ist es lange Zeit gelungen, die Benachteiligung ostdeutscher



Agrarbetriebe bei der Fördermittelpraxis der Europäischen Union immer wieder zu verhindern bzw. hinauszuzögern. Letztlich kann uns aber die im Zuge des „Health-check“ (Zwischenbewertung)

der Europäischen Union für die Betriebe in den neuen Ländern eingeführte nachteilige Kappungsgrenze (Förderobergrenze) für große Agrarbetriebe nicht zufrieden stellen. Die Erhöhung der Agrardieselbesteuerung musste die Bundesregierung – wie auch von der LINKEN gefordert – wieder zurücknehmen. Während die Koalition mit dem großen Wort einer „Agrarwirtschaftsinitiative“ in die Legislatur gestartet ist, musste sie durch Anträge der LINKEN immer wieder zum Handeln aufgefordert werden. Die Einführung einer Mehrgefahrenversicherung für Landwirtschaftsbetriebe gegen Witterungs- und andere Risiken scheiterte ebenso am Unwillen der Regierungsparteien wie der Ausschluss spekulativer Elemente aus der Bodenverwertungspraxis der BVVG. Nicht zuletzt mit ihrer Agrarkonferenz hat DIE LINKE deutlich gemacht: die Agrarbetriebe sind Motoren der Entwicklung im ländlichen Raum.

Weiterhin unbefriedigend ist der Anteil der im Land verbleibenden Wertschöpfung für die Veredlung von Agrarprodukten. Insbesondere das Potenzial der Versorgung des Ballungsraumes Berlin-Brandenburg ist ungenügend erschlossen. Positiv zu bewerten ist, dass auf Initiative der LINKEN die Erweiterungsförderung der ökologischen Landwirtschaft gegen den ursprünglichen Willen der Landesregierung fortgesetzt werden konnte. Damit war Brandenburg zumindest besser in der Lage, auf den infolge verschiedener Lebensmittelskandale einsetzenden „Bio-Boom“ zu reagieren. Brandenburg ist inzwischen das Bundesland mit dem höchsten Anteil ökologischer Landwirtschaft.

„Bodenreform-Affäre“

Durch ein Urteil des höchsten deutschen Zivilgerichtes wurde Anfang 2008 die „Brandenburger Bodenreform-Affäre“ ausgelöst. Die Vorwürfe, die der Bundesgerichtshof gegen die Brandenburger Landesregierung erhoben hatte, sind in ihrer Schwere und Tragweite beispiellos. Infolge des Urteils haben wir als Fraktion einen Untersuchungsausschuss erzwungen, denn auch nach dem Urteil schien die Brisanz des Themas die Landesregierung nicht erreicht zu haben. Im Gegensatz zu anderen Brandenburger Skandalen ging es hierbei nicht um ein gescheitertes Prestigeobjekt oder die sonstige Verschwendung von Steuergeldern, sondern um das direkte Verhältnis zwischen Staat und Bürger und den Eingriff in das grundrechtlich geschützte Privateigentum. Umso wichtiger war es, den Untersuchungsausschuss mit einer klaren Aufgaben-

stellung zu versehen: Aufklärung der rechtswidrigen Brandenburger Verfahrenspraxis sowie eindeutige Zuordnung von politischer Verantwortung. Die Brandenburger PDS hat die Problematik der Bodenreformabwicklung von Beginn an kritisch begleitet und die Vorschriften zur Abwicklung der Bodenreform nach dem 2. Vermögensrechtsänderungsgesetz stets inhaltlich abgelehnt. Im Ergebnis stellen wir fest, dass die Brandenburger Landesregierungen über Jahre hinweg ihre politische Verantwortung bei dem hochbrisanten Thema der Abwicklung der Bodenreform nicht wahrgenommen und damit vielen Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes ihr Eigentum zu Unrecht entzogen hat. Wenigstens ein Teil von ihnen konnte im Ergebnis unseres Engagements zu seinem Recht kommen.

Erneuerbare Energien

Im Zuge des rasanten Anstiegs der Preise für fossile Brennstoffe wird auch in Brandenburg immer mehr Biomasse erzeugt. Inzwischen gibt es mehr Anlagen zur Energieerzeugung als erforderliche Biomasse produziert werden kann. Unter Einbeziehung zahlreicher Windkraftanlagen ist Brandenburg das Bundesland mit dem höchsten Anteil regenerativ erzeugter Energie.

DIE LINKE fordert die Beachtung der zunehmenden Nutzungskonflikte. Windkraft- und Biomassenutzung ja – aber nicht zu Lasten der Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger und nicht zu Lasten einer nachhaltigen land- und forstwirtschaftlichen Bodennutzung. Deshalb fordert DIE LINKE innerhalb der Landesplanung einen Teilplan für Erneuerbare Energien.

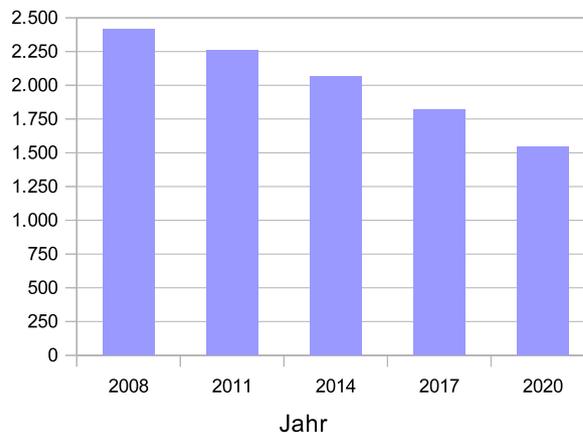
Die Landesregierung hat nicht zuletzt Dank des konsequenten Eintretens der LINKEN für einen Verzicht auf den Einsatz von gentechnisch veränderten Organismen ihre Position verändert. Es besteht Übereinstimmung in der Ablehnung der grünen Gentechnik – wohl aber fordert DIE LINKE auch ein dementsprechendes aktives Handeln, z.B. durch Förderung gentechnikfreier Zonen.

Forstreform

Mit großer Sorge sieht DIE LINKE die Forstreform. Trotz starken Protestes, der in enger Zusammenarbeit mit den berufsständischen Vertretern im Parlament und außerhalb organisiert wurde, war die Landesregierung nicht bereit, auf die Forderung nach einer Reform einzugehen, die der Entwicklung der Holzwirtschaft

dient. Statt dessen setzte ein personeller „Kahlschlag“ ein, eine Reduzierung der Ansprechpartner vor Ort und die Ausgliederung der Beschäftigten in einen Landesbetrieb.

Beschäftigte der Forstwirtschaft



Allenfalls ein Mindestmaß an fachlicher Begleitung und die soziale Absicherung der Beschäftigten konnte der Landesregierung an Zugeständnissen abgerungen werden. Unmissverständlich und mehrfach hat DIE LINKE ihre Forderung nach der Unveräußerlichkeit des Landeswaldes erhoben. Uns reichen die Lippenbekenntnisse der Landesregierung dazu nicht. Der massive Personalabbau und die Mittelkürzungen bei der Landesforstverwaltung sowie das Fehlen einer wie von der LINKEN geforderten durch das Parlament zu beschließenden gesetzlichen Regelung bleiben für uns Herausforderung.

Naturschutz

Das Land Brandenburg ist das alleereichste Bundesland. Geht es aber nach dem Alleekonzept der Landesregierung, könnte es zu einer Halbierung des Bestandes in den nächsten Jahren kommen. Nicht zuletzt die kontinuierliche Forderung der LINKEN hat dazubeigetragen, dass Pflanzrückstände der letzten Jahre inzwischen ausgeglichen werden. Die Forderung der LINKEN bleibt, den Erhalt der Brandenburger Alleeen nicht zur freiwilligen Leistung zu erklären, sondern den Alleenschutz entsprechend den Vorgaben des Naturschutzgesetzes als Pflichtaufgabe zu verstehen. Eine noch in der 3. Legislatur abgelehnte Initiative der

LINKEN für ein Moorschutzprogramm wurde durch die Landesregierung zwischenzeitlich realisiert. Damit ist ein weiterer Baustein im insgesamt vorbildlichen System der Schutzgebiete in Brandenburg erfolgreich etabliert worden.



Verkehrspolitik

Die Bedingungen für den öffentlichen Personennahverkehr haben sich in den zurückliegenden Jahren weiter verschlechtert. Liniennetze des öffentlichen Verkehrs wurden ausgedünnt und ganze Regionen verkehrspolitisch abgehängt. Die Fahrpreise im Gebiet des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg stiegen an und für die Schülerbeförderung wurden Kostenbeteiligungen eingeführt. Nicht gespart wurde hingegen beim Bau neuer autobahnähnlicher Ortsumgehungen und bei der Planung unwirtschaftlicher Ausbauprojekte für Wasserstraßen im Land.

Eine zukunftsfähige Verkehrspolitik, die dem Grundanspruch von Mobilität für Menschen als Grundlage persönlicher Entfaltung und sozialer Teilhabe gerecht wird, ist der Anspruch der LINKEN, den wir mit vielen Initiativen in der zurückliegenden Legislaturperiode untersetzt haben.

„Umweltgerechte Mobilität für alle“ blieb das erlebbare Leitmotiv der LINKEN innerhalb und außerhalb des Parlamentes. So initiierten wir die Volksinitiative und das Volksbegehren zur Einführung des Sozialtickets in Brandenburg und führten sie gemeinsam mit Vereinen und Verbänden zum Erfolg. Parlamentarische Anträge der LINKEN und außerparlamentarisches Handeln machten den notwendigen Druck. Das sogenannte Mobilitätsticket wurde

eingeführt, das es nun zu erhalten und auszubauen gilt. Weitere Schwerpunkte waren Initiativen, die eine Verkehrswende für Brandenburg einforderten wie Beiträge des Landes zur Minderung von verkehrsbedingten CO₂-Emissionen, zur Gestaltung des ÖPNV im ländlichen Raum, Anträge zu Mobilitätssicherungskonzepten, zum Landesnahverkehrsplan sowie Große Anfragen zur Zukunft des Schienenverkehrs, des Radverkehrs, zum Bedarf und den Prognosen des Havelausbaus.

Darüber hinaus stand die Sicherung des öffentlichen Verkehrssystems als Rückgrat öffentlicher Daseinsvorsorge durch Abwehr weiterer Privatisierungen wie bei der Deutschen Bahn im Mittelpunkt des parlamentarischen Handelns.

Verkehr heizt das Klima auf

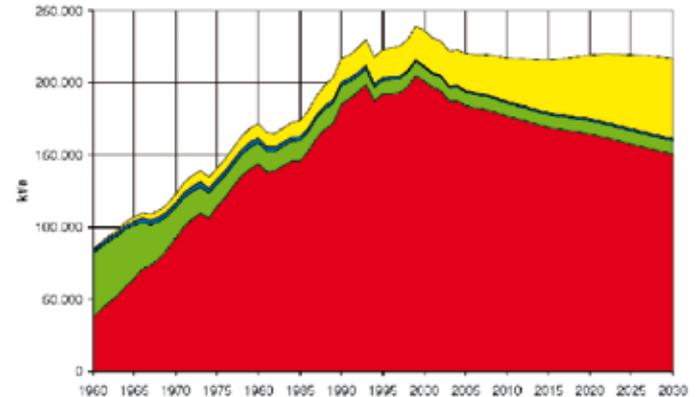


Abbildung: Kohlenstoffdioxidemissionen des Verkehrs nach Verkehrsträgern (TREMOD 2006)

Luft Wasser Schiene Straße Kilotonnen/Jahr

Quelle: VCD Materialien 03/2007: Klima und Verkehr

Verkehrsgroßprojekte wie der Flughafen Berlin-Brandenburg International (BBI) und der ökologisch unverantwortliche und völlig überzogene Havelausbau werden kritisch und gemeinsam mit Bürgerinitiativen begleitet. Insbesondere um wie beim BBI Belastungen für Mensch und Umwelt durch Lärmschutz und strikte Nachtflugverbote zu vermeiden oder zu mindern.

Die Unfallbilanz im Land Brandenburg ist weiter erschreckend hoch. Die Landesregierung hatte sich mit ihrem Integrierten Verkehrssicherheitsprogramm 2004 das Ziel gestellt, „die Zahl der Verkehrsunfälle mit Toten und Verletzten auf Brandenburgs Straßen bis zum Jahr 2010 jährlich um 5 Prozent zu senken“.

Dieses Ziel wurde bisher nicht erreicht. DIE LINKE kritisierte das Programm der Landesregierung, da es weder konkrete Verantwortlichkeiten noch die finanzielle Ausgestaltung von Verkehrssicherheitsmaßnahmen festlegt. Wir forderten die Umsetzung eines komplexen Verkehrssicherheitskonzeptes, das öffentliche und gesellschaftliche Akzeptanz für das Thema Verkehrssicherheit schafft und abgestimmte Maßnahmen in den Bereichen Bildung, Verkehr, Soziales, Umwelt und Polizei zur Senkung des Unfallrisikos verankert. DIE LINKE setzte auf einen gleichberechtigten Umgang aller Verkehrsteilnehmer im öffentlichen Straßenraum, setzt auf Prävention statt Repression.

Verkehrsunfälle bedeuten viel persönliches Leid und millionenschwere volkswirtschaftliche Schäden zu Lasten der Steuerzahler. Brandenburg bleibt im Ländervergleich bei im Straßenverkehr Getöteten weiterhin mit Schlusslicht. Das gilt es unverzüglich zu verändern. Das war und ist der Anspruch für unser parlamentarisches Handeln.



DIE LINKE wies in ihrer parlamentarischen Arbeit beständig darauf hin, dass die bislang angewandten Instrumente offensichtlich nicht ausreichend wirken, sodass eine Neuausrichtung der Verkehrssicherheitsarbeit dringend erforderlich ist. Wir forderten eine Überprüfung und fundierte Fortschreibung des Integrierten Verkehrssicherheitsprogramms 2004. Die Vielzahl von Projekten mit präventivem Charakter fanden unsere Unterstützung, jedoch blieben wir bei unserer Forderung, einen Grundstein für Nachhaltigkeit in der Verkehrssicherheitsarbeit zu legen und einen langfristig orientierten Aktionsplan auf den Weg zu bringen. In

diesem sollten die einzelnen Maßnahmen koordiniert, Ressort übergreifend organisiert und strategisch auf Verhaltensänderungen ausgerichtet werden.

Ein besonderer Schwerpunkt war für DIE LINKE die Sicherheit im Schülerverkehr, eine qualitativ gute Radfahrausbildung an den Grundschulen, die Stärkung der Kompetenzen für die Verkehrs- und MobilitätserzieherInnen und eine gute Zusammenarbeit mit der Landesverkehrswacht Brandenburg.

DIE LINKE sieht insbesondere dringenden Handlungsbedarf bei den zwei Hauptunfallursachen: Alkohol am Steuer und Geschwindigkeitsüberschreitungen. Wir forderten die Landesregierung auf, sich im Bund für eine 0,0 Promille-Regelung für alle und für ein Tempolimit von 130 km/h auf Autobahnen einzusetzen.

Brandenburg und Berlin auf gleicher Augenhöhe

Unabhängig von der heutigen politisch-administrativen Gliederung schreitet die regionale wirtschaftliche und infrastrukturelle Verflechtung in Berlin und Brandenburg voran. Die Regierung hat die Idee einer Fusion beider Länder aufgegeben; sie hat auf diese Entwicklung durch verstärkte institutionelle Kooperation reagiert. Unterschiedliche Politikansätze in Berlin und Brandenburg machen die Zusammenarbeit jedoch schwer.

DIE LINKE in Brandenburg und Berlin hat in den vergangenen Jahren versucht, gemeinsame Ansätze für die eine abgestimmte Entwicklung in der Region zu entwickeln. Wir sind der Auffassung, dass sich beide Länder den existentiellen Herausforderungen stellen müssen, die sich für die Region aus dem Klimawandel, dem Energieproblem und dem europäischen Standortwettbewerb ergeben. Auf der Tagesordnung stehen eine integrierte Bildungslandschaft und Infrastruktur, ein gemeinsames Konzept für Wasserversorgung und Klimaschutz, ein Energieverbund, eine Zusammenlegung der Wirtschaftsförderung und eine abgestimmte Kooperation mit den polnischen Nachbarn. Potenzial liegt in der Verknüpfung der Förderung von Zukunftsbranchen.

Unser Politikansatz soll das Zusammenwachsen von Brandenburg und Berlin „von unten“ auf den Weg bringen – wir wollen so die Erfahrungen aus knapp 20 Jahren Zusammenarbeit und Konkurrenz berücksichtigen.

7. Landesfinanzen - vom leichten Aufschwung direkt in die Krise

Mit ihrem Koalitionsvertrag im Oktober 2004 unterstrich die Landesregierung erneut ihren politischen Willen, den Konsolidierungskurs unvermindert fortzuführen. Bei 18 Milliarden Euro Schulden, stetig steigenden Zinsausgaben, hohen Pensionslasten und jährlich sinkenden Solidarpaktmitteln ein durchaus notwendiges Ziel. Für Brandenburg bedeutete diese Haushaltspolitik jedoch: die Weiterführung eines strikten Sparkurses und Schluss mit gestaltender Politik! Den großen Ankündigungen der Landesregierung, den Bereichen Bildung, Wirtschaft und Wissenschaft besondere Priorität zu widmen, folgten keine finanziellen Mittel. Im Gegenteil: die angeblichen Investitionen im Bereich Bildung bedeuteten die Stärkung der freien Schulen bei gleichzeitiger Schließung staatlicher Schulen!

Trotz umfangreicher Transferleistungen der vergangenen andert-halb Jahrzehnte und einer zwischenzeitlich guten konjunkturellen Lage, war die Landesregierung auch in dieser Legislaturperiode nicht in der Lage, diese Gelder für eine nachhaltige Entwicklung zu nutzen und die Weichen für eine zukunftsfähige Politik zu stellen. Nach mehreren Jahren Aufschwung und hoher Steuereinnahmen hat die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise nun mit voller Wucht auch Deutschland und Brandenburg erreicht.

Seit Jahresbeginn 2009 sind die Krisensymptome deutlich: Kurzarbeit, Entlassungen, Insolvenzen, Rückgang der Auftragseingänge, Investitionsverzögerungen, Rückgang der Exporte etc. Auch der immer geringer werdende Abfluss von Investitionsmitteln aus dem Landeshaushalt ist ein Beleg dafür. DIE LINKE hat ihre Forderungen nach dringend notwendigen konjunkturellen Maßnahmen frühzeitig eingebracht. Wir forderten die Einführung eines ermäßigten Mehrwertsteuersatzes auf arbeitsintensive Dienstleistungen oder auch die Abschaffung der Gewerbesteuerumlage als ersten Schritt einer notwendigen Gemeindefinanzreform, um den Kommunen neue finanzielle Handlungsspielräume bzw. Kofinanzierungsmöglichkeiten von Bundes- bzw. Landesmitteln zu ermöglichen.

Doch bis die Mittel aus den Konjunkturpaketen greifen, wird trotz aller Beschleunigung noch viel Zeit ins Land gehen. Fakt ist auch,

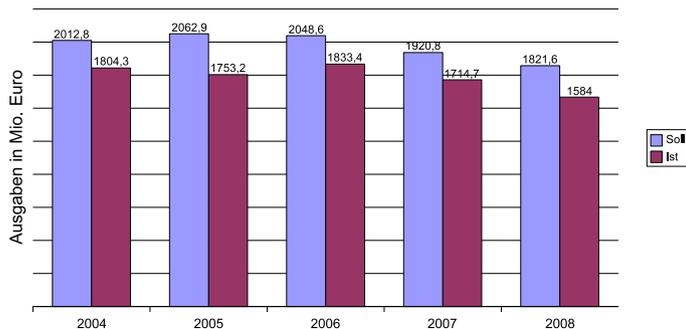
dass Sachinvestitionen allein nicht ausreichen werden, der Krise nachhaltig zu begegnen. Ohne zusätzliches Fachpersonal bietet auch die bestsanierte Schule keine besseres Bildungsangebot.

Haushaltsdebatten 2004-2009

Die Linksfraktion agierte in der zurückliegenden Legislatur stets mit dem politischen Ziel, Brandenburg trotz komplizierter Haushaltslage sozial gerechter und zukunftsfähiger zu gestalten. Neben der Konsolidierung, die auch wir für erforderlich halten, setzten wir dabei auf sozialpolitisch notwendige Entscheidungen und nachhaltige strukturelle Änderungen im Land. Im Mittelpunkt standen die Bereiche Bildung, Soziales und Arbeit, regionale Entwicklung, der ländliche Raum sowie die Wirtschaftsförderung. Der Ausweg aus der schwierigen Situation in Brandenburg kann nicht weniger Geld und weniger Staat bedeuten, sondern muss heißen: öffentliche Mittel zielgerichtet in wesentliche Zukunftsbereiche wie Bildung, Beschäftigung, Wirtschaft und kommunale Daseinsvorsorge zu investieren, damit Brandenburg mithalten kann in Deutschland und Europa. Alternativen sind nötig und möglich! Unter diesen politischen Vorgaben standen auch die Haushaltsberatungen der letzten fünf Jahre. Wir forderten deshalb in allen Debatten, die ausschließlich auf Ausgabenreduzierung orientierte Haushaltspolitik stärker auf die Einnahmen und auf nachhaltige Investitionen zu orientieren, um finanzielle Spielräume für eine alternative Landesentwicklung zu eröffnen. Dabei haben wir uns auf die Umsetzung unseres Programms zu den Landtagswahlen 2004 konzentriert. Allein in der Haushaltsberatung 2005/2006 brachten wir ca. 100 Anträge mit einem Gesamtvolumen von insgesamt 212 Mio. € ein, finanziert durch Umschichtung, Einsparungen im Sachkostenbereich sowie durch seriös geschätzte Mehreinnahmen. Zu der von der Landesregierung vorgeschlagenen Absenkung der Nettokreditaufnahme sahen unsere Vorschläge eine weitergehende Absenkung von ca. 118 Mio. (2005) und ca. 66 Mio. (2006) vor. Auch in die Debatten um folgende Landeshaushalte gingen wir mit dem Ziel, eine zukunftsfähige, sozial gerechte und arbeitsplatzschaffende Entwicklung im Lande anzuschieben und gleichartige Lebensbedingungen in den Regionen des Landes zu sichern. Zwar lobte sich die Koalition auch hier für die hohen Investitionen in den Bereichen Bildung, Wissenschaft, Forschung – Fakt ist jedoch, dass die Investitionsausgaben in den letzten Jahren immer mehr gesunken sind und ein Teil der geplanten

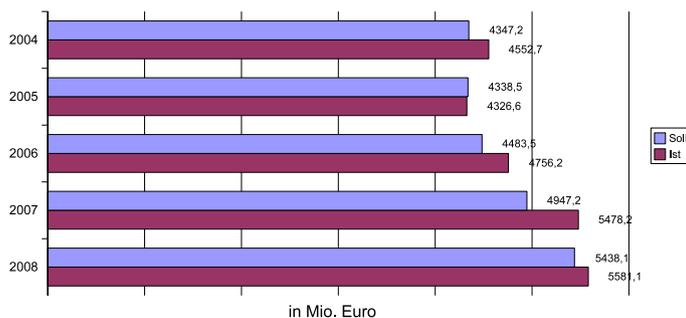
Gelder gar nicht erst ausgegeben wurden.

Investitionsausgaben des Landes Brandenburg 2002-2008



Und auch die Tatsache, 2007 erstmals keine neuen Schulden aufnehmen zu müssen, war nicht dem sparsamen Wirtschaften und haushälterischen Geschick unseres Finanzministers, sondern vielmehr der positiven konjunkturellen Situation der letzten Jahre geschuldet.

Steuereinnahmen des Landes Brandenburg 2004-2008



Doch alle Forderungen der LINKEN, z.B. für ein kostenfreies Mittagessen in Kitas und Grundschulen für sozial benachteiligte Kinder, die Verstärkung der Jugend- und Schulsozialarbeit, die Einführung eines Sozialtickets, eine kostenlose Schülerbeförderung wurden im Landtag als unbezahlbar abgeschmettert, versehen mit dem Vorwurf: DIE LINKE kann nur Geld ausgeben und nicht wirtschaften.

Fakt ist: Wir haben ein Haushaltskonzept vorgelegt, das sowohl die notwendige Haushaltskonsolidierung berücksichtigt, zugleich aber auch die finanzielle Handlungsfähigkeit des Landes sichert

und strukturelle Defizite überwindet. Alle unsere alternativen Forderungen könnten mit dem vorhandenen Geld bezahlt werden.

Öffentlicher Dienst

Einen wesentlichen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leistete auch die drastische Reduzierung der Personalkosten zu Lasten der öffentlich Beschäftigten unseres Landes. Der unter großem Druck 2003 ausgehandelte Sozialtarifvertrag beinhaltete die Kürzung der Arbeitszeit und des Lohnes um durchschnittlich fünf Prozent bis zum Januar 2007. Für den Beamtenbereich wurde ein Solidarpakt geschlossen, der das Einfrieren des Weihnachtsgeldes auf einen einheitlichen Betrag beinhaltete. Damit sollten jährlich 100 Mio. Euro eingespart werden. Bereits Anfang 2005 behauptete Finanzminister Rainer Speer, dass die Einsparsumme im Beamtenbereich nicht erbracht sei und er legte einen Gesetzesentwurf zur Kürzung des Weihnachtsgeldes vor. Tatsächlich wurden im Jahr 2004 nicht nur 100 Mio. Personalkosten eingespart, sondern sogar 138 Mio. Euro. Auch die Vereinbarung, ab 2007 das Weihnachtsgeld wieder in Höhe des Niveaus von 2003 zu zahlen, wurde durch die Landesregierung nicht eingehalten. DIE LINKE setzte sich für den Erhalt des Weihnachtsgeldes für Beamte im Jahr 2007 ein. Durch die Verbindung von parlamentarischer Arbeit und außerparlamentarischen Aktionen konnte den Bediensteten diese Leistung zunächst bis 2009 erhalten bleiben. DIE LINKE will eine Personalpolitik im Öffentlichen Dienst, die nicht nach Kassenlage, sondern nach den zu erfüllenden Aufgaben gestaltet wird. Dazu gehört eine angemessene Personalausstattung im Polizei-, Justiz-, Finanz- und Lehrerbereich. Der Personalabbau bei der Landesverwaltung wird mit Durchschnittszahlen anderer Flächenländer begründet. So stellt Brandenburg für junge Menschen kaum eine Perspektive dar - kaum Neueinstellungen, kaum Beförderungen, Abbruch ganzer Spezialisierungszweige wie bei der Kriminalpolizei. Dazu kommt der weitere Abbau von Tarifleistungen. Außerdem machen sich inzwischen die negativen Auswirkungen der Föderalismusreform I bemerkbar, die den Ländern u.a. beamtenrechtliche Kompetenzen einräumt. Es droht ein Auseinanderdriften beamtenrechtlicher Regelungen und damit die Benachteiligung Brandenburgischer Beamter. Brandenburg darf auch in diesem Bereich kein Billiglohnland sein. Erreicht wurde, dass Lebenspartnerschaften bei der Hinterbliebenenversorgung von Beamten mit Ehen gleichgestellt wurden.

8. Europa- und Entwicklungspolitik ohne Konzept

Ein wichtiger Anspruch der Brandenburger Verfassung harrt immer noch seiner Umsetzung: „Wir, die Bürgerinnen und Bürger Brandenburgs wollen unser Bundesland als lebendiges Glied der Bundesrepublik Deutschland in einem sich einigenden Europa und in der Einen Welt gestalten.“

Seit 1992 haben nicht wenige SPD-Politiker diesen Grundsatz beschworen. Doch jenseits aller Feiertagsrhetorik vollzogen sich unter Rot-Schwarz Veränderungen. Die entwicklungspolitische Arbeit wurde auf ein Minimum reduziert. Angeblich sollen die „Entwicklungspolitischen Leitlinien“ aus dem Jahre 1999 noch gelten, in der realen Politik merkt man davon recht wenig. Die Unterstützung für entwicklungspolitische Akteure in Brandenburg wie in der dritten Welt beschränkt sich auf Almosen, die von Fall zu Fall ausgereicht werden.



Zu Gast bei der Fraktion: der stellvertretende Regierungschef aus Lubuskie und der Fraktionsvorsitzende der Linken aus dem Regionalparlament

Die Defizite der Europapolitik sind nicht auf den ersten Blick auszumachen. Dank einer „engagierten“ PR-Arbeit erreichen zahlreiche, durchaus bedeutsame Erklärungen des Ministerpräsidenten und seines Staatssekretärs zur europäischen und

deutsch-polnischen Zusammenarbeit die Öffentlichkeit. Die europäischen Strukturfonds (rd. 3 Mrd. Euro bis 2013) dienen nicht nur der Entwicklung des Landes, sondern sind auch mit regelmäßigen Vor-Ort-Terminen von Regierungsmitgliedern verbunden. Erklärungen und feierliche Einweihungen ändern die (Regierungs-)Welt aber nicht! Schon gar nicht das Handeln in den einzelnen Ressorts, wie Akteure im In- und Ausland immer wieder erfahren müssen. Eine der Ursachen dafür ist die fehlende europapolitische Strategie der Landesregierung. Jedes Ministerium agiert autonom, die Koordinierung zwischen den Ressorts ist unzureichend. Und was am schlimmsten ist: Zuweilen können auch Beamte, ohne dass Minister eingreifen, „Politik“ machen. Der Umgang der Ministerialbürokratie mit dem Bodenreformland lässt grüßen.

Wichtige politische Handlungsebene

DIE LINKE hat deshalb regelmäßig europapolitische Punkte auf die Tagesordnung des Landestages oder der Ausschüsse gebracht. Wir haben uns außerhalb des Parlaments für die europäische und deutsch-polnische Zusammenarbeit engagiert und unser eigenes Wissen über konkrete europäische Entscheidungsprozesse durch Diskussionen in der Fraktion und Besuche in Brüssel systematisch ausgebaut. Auf diesem Wege entstanden Bausteine für eine Europapolitische Strategie des Landes, die Basis für das Agieren in der kommenden Wahlperiode sein können. Die Fraktion hat versucht, Brandenburger Sichten auf die europäische Integration und die Entwicklung der verschiedenen Politikbereiche stärker in die Gestaltung der europäischen Gesetzgebung einzubringen: bei der EU-Dienstleistungsrichtlinie, indem wir den Schutz der Leistungen im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge (ÖPNV, Wasser, Abwasser, Bildung, Pflegeleistungen u.a.) besonders betonten, oder bei der Formulierung neuer Regelungen der EU für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Kommunen (Europäischer Verbund der territorialen Zusammenarbeit). Im Zusammenhang mit dem europäischen Verfassungsvertrag, später dem Lissabon-Vertrag, erhob DIE LINKE u.a. die Forderung nach einer Volksabstimmung und generell nach einer tief greifenden Demokratisierung der EU. Notwendig sind mehr Transparenz und mehr Entscheidungs- und Mitwirkungsrechte der BürgerInnen in EU-Angelegenheiten.

Deutsch-polnische Grenzregion

Wie andere Grenzregionen an der ehemaligen EU-Außengrenze steht auch die an Oder und Neiße vor enormen Herausforderungen: Hier geht es nicht nur um den Ausgleich wirtschaftlicher Strukturunterschiede, sondern auch darum, sozialen Verwerfungen entgegen zu wirken und umweltverträgliche regionale Verkehrsinfrastrukturen, verkehrsvermeidende Raumordnung und Siedlungsstrukturen zu gestalten.

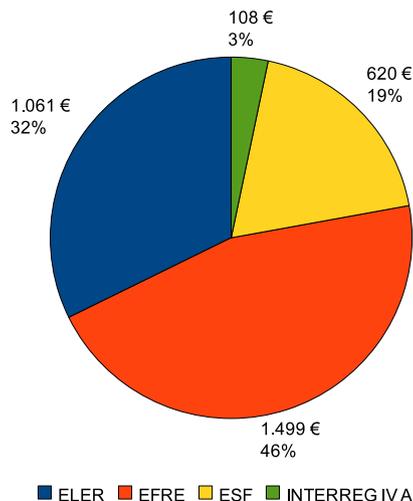
Für die Fraktion war und ist deshalb die 2006 von Harald Wolf (PDS) und Ulrich Junghanns (CDU) initiierte „Oder-Partnerschaft“, ein Kooperationsnetzwerk zwischen Brandenburg, Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen sowie den Nachbarwoiwodschaften Lubuskie (Lebuser Land), Zachodniopomorskie (Westpommern), Wielkopolskie (Großpolen) und Dolnośląskie (Niederschlesien), von großer Bedeutung. Wir haben dieses Projekt durch eigene Aktivitäten und Vorschläge unternommen: Wir wollen diese Kooperation personell und finanziell besser ausstatten und den ländlichen Raum stärker berücksichtigen. Auf dem Tisch liegen unsere Ideen für die unterschiedlichen Politikbereiche – beginnend bei der Zusammenarbeit von Unternehmen über die Entwicklung des Verkehrsnetzes bis hin zur Kooperation von Hoch- und Wissenschaftseinrichtungen. Eines unserer zentralen Anliegen war die Herausbildung eines zweisprachigen Raumes, der Menschen an Oder und Neiße auch kulturell miteinander verbindet. Dazu gehört mehr und besserer Polnisch-Unterricht an den Schulen und die Vermittlung von Kenntnissen über die Geschichte und Gegenwart Polens überall in Brandenburg. Eine stärkere Beteiligung der Parlamente an diesen Prozessen ist vor allem an der SPD-Fraktion gescheitert, die sich einfach verweigerte. DIE LINKE hat versucht, dieses Defizit durch den Aufbau einer Kooperation von linken Parlamentariern aus den Woiwodschaften Lubuskie und Dolnośląskie, den tschechischen Bezirken Karlovy Varý, Liberec und Ústí n.L. sowie unserer Partnerfraktion im Sächsischen Landtag zu kompensieren - mit Erfolg.

Regional- und Strukturpolitik

Mit europäischer Unterstützung entstanden in Brandenburg Infrastrukturprojekte, wurden wirtschaftliche Ansiedlungen und Kooperationen gefördert, Arbeitslose qualifiziert und wieder in Arbeit gebracht, der ländliche Raum entwickelt, Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen auf den Weg gebracht und eine häufig

kleinteilige grenzüberschreitende Zusammenarbeit organisiert. DIE LINKE hat durch ihre Vorschläge den Inhalt der EU-Förderprogramme mit beeinflusst und sie wird dies auch künftig tun, so wenn unmittelbar nach der Landtagswahl die Überprüfung der mittelfristigen EU-Finanzplanung sowie der Brandenburger EU-Förderprogramme ansteht. Unsere Vorschläge dafür haben wir bereits öffentlich gemacht.

Brandenburger EU-Mittel 2007 - 2013 in Mio. Euro



- ELER - Europäischer Landwirtschaftsfonds
- EFRE - Europäischer Fonds für regionale Entwicklung
- ESF - Europäischer Sozialfonds
- INTERREG IV A - Grenzüberschreitende Europäische territoriale Zusammenarbeit

Wir meinen: Landtag und Landesregierung könnten jene Spielräume besser nutzen, die die europäische Politik den Regionen für eine eigenverantwortliche Politik einräumt. Dabei will und dazu wird DIE LINKE auch in Zukunft ihren Beitrag leisten.

Mitglieder der Fraktion DIE LINKE im Landtag Brandenburg und SprecherInnenfunktionen

Renate Adolph	Verbraucherschutz und Abwasserpolitik
Kerstin Bednarsky	Berufliche Ausbildung
Dr. Andreas Bernig	Tolerantes Brandenburg, Rechtsextremismus, Antirassismus
Helga Böhnisch	Stadtentwicklung, Bau- und Wohnungspolitik
Ralf Christoffers	Stellvertretender Fraktionsvorsitzender, Finanz- und Haushaltspolitik, Wirtschaftspolitik
Thomas Domres	Kommunal-, Tourismus- und Konversionspolitik
Christian Görke	Parlamentarischer Geschäftsführer, Arbeitsmarktpolitik
Gerrit Große	Stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Bildungspolitik
Frank Hammer	Osteuropapolitik
Wolfgang Heinze	Landesentwicklung, Raumordnung
Dr. Gerd-Rüdiger Hoffmann	Kulturpolitik, Minderheitenpolitik
Peer Jürgens	Hochschulpolitik
Kerstin Kaiser	Fraktionsvorsitzende, Gleichstellung, Verfassungsfragen, Beziehungen Berlin-Brandenburg
Ingeborg Kolodzeike	Behindertenpolitik
Torsten Krause	Kinder- und Jugendpolitik
Matthias Loehr	Rechts- und Justizpolitik
Margitta Mächtig	Verwaltungs- und Funktionalreform
Kerstin Meier	Medienpolitik, Sportpolitik
Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg	Innenpolitik
Carolin Steinmetzer-Mann	Umweltpolitik
Gerlinde Stobrawa	Europapolitik
Anita Tack	Verkehrspolitik
Wolfgang Thiel	Energiepolitik
Dr. Andreas Trunschke	Forschungs- und Technologiepolitik
Heinz Vietze	Bundes- und Länderpolitik
Karin Weber	Asyl-, Flüchtlings- und Migrationspolitik, Entwicklungspolitik
Kornelia Wehlan	Agrarpolitik und ländliche Entwicklung
Irene Wolff-Molorciuc	Seniorenpolitik
Birgit Wöllert	Gesundheits- und Sozialpolitik

In dieser Legislatur gehörten der Fraktion weiterhin an:

Prof. Dr. Lothar Bisky, Dr. Dagmar Enkelmann, Wolfgang Gehrcke, Kerstin Osten, Christian Otto †, Stefan Sarrach und Otto Theel

Statistische Übersicht 4. Wahlperiode

DIE LINKE bestimmte 24 Mal das Thema der Aktuellen Stunden.

Große Anfragen

DIE LINKE	23
SPD CDU (gemeinsam)	4

Anträge

DIE LINKE	238
SPD CDU (gemeinsam)	84
Landesregierung	14
Landtagspräsident	6
Minister, Sonderausschuss, mehrere Abgeordnete	6

Kleine Anfragen

DIE LINKE	1233
SPD	671
CDU	428

Mündliche Anfragen in den Fragestunden

DIE LINKE	1124
SPD	617
CDU	264

Fraktion vor Ort



Fraktionsklausur 02.09.2008 in Potsdam

Spenden: gute Tradition bei der Linksfraktion

Von November 2004 bis Mai 2009 unterstützten die Abgeordneten mit über 30.000 Euro soziale Projekte. Allein im Dezember 2008 gingen 1.000 Euro aus dem Sozialfonds der Linksfraktion auf das Spendenkonto beim Deutschen Zentrum für herzkrankte Kinder.



Übergabe eines Schecks in Höhe von 1.500 Euro an den Bauverein „Neue Synagoge Potsdam e.V.“ 19.02.2008



Fraktionssitzung in Großräschen 02.06.2009

Zur parlamentarischen Arbeit in den letzten fünf Jahren wäre noch viel mehr zu sagen. Wenn Sie an weiteren Informationen interessiert sind, dann rufen Sie an: 0331 / 966 15 03 oder schicken Sie uns eine E-Mail geschaeftsstelle@dielinke-fraktion.brandenburg.de Besuchen Sie auch unsere Internetseite www.dielinke-fraktion.brandenburg.de



www.dielinke-fraktion.brandenburg.de

DIE LINKE. Fraktion im Landtag Brandenburg
Am Havelblick 8, 14473 Potsdam